Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52,** und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 2.00,** monatlich **70** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **20** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **30** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags,** größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 188. **Mittwoch, den 15. August 1906.** 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Invalidenversicherung der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden.

H. E. Das ursprüngliche Reichsgesetz, betreffend die Invalidenversicherung vom 22. Juni 1889, sah die freiwillige Versicherung (Selbstversicherung) solcher Betriebsunternehmer vor, die nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigten. Durch das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene neue Gesetz ist diese Bestimmung dahin erweitert worden, daß zur Selbstversicherung berechtigt sind „Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer, die nicht regelmäßig zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen“. Doch muß die Versicherung vor Vollendung des 40. Lebensjahres eingegangen werden.

Die reaktionären Parteien verbanden mit ihrer Zustimmung zu dieser Aenderung eine mittelstandspolitische Tendenz. Sie machten geltend, es begreife sich darin eines der „kleinen Mittel“, dem Stande der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden, oder doch wenigstens einem Teile derselben zu helfen. Um diese Hülfe ausgiebiger zu machen, wurde in das neue Gesetz die Bestimmung aufgenommen, daß die freiwilligen Versicherungsnehmer nicht mehr, wie nach dem alten Gesetz, Zusatzmarken zu lösen haben als Entgelt für den Reichszuschuß zu der Rente, sondern diesen Zuschuß auch erhalten, wenn sie nur die allgemein festgesetzten Marken kleben. Die Behörden haben, einer Anweisung der Regierung folgend, sehr oft und eindringlich auf die Vorteile der Selbstversicherung aufmerksam gemacht — und doch ist diese zu keiner nennenswerten Entwicklung gelangt. Zwar ist die Zahl der Quittungskarten der Selbstversicherer von 1902 bis 1904 auf mehr als das Doppelte gestiegen, von 6635 auf 14 409. Was aber will das heißen im Vergleich zu der vielfach größeren Zahl der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden!

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, das sich so gern als berufensten Vertreter der Interessen des Mittelstandes geriert, beklagt in einem Leitartikel, daß die Selbstversicherung der Handwerker usw. nicht bessere Fortschritte gemacht hat: „Man hätte glauben sollen, daß von dieser Befugnis starker Gebrauch gemacht werden würde, um so mehr, als es eine alte Forderung des selbständigen Mittelstandes ist, daß er nicht nur an den Lasten, sondern auch an den Segnungen der sozialen Gesetzgebung beteiligt werde.“ Sie sieht den Hauptgrund, daß so wenig Gebrauch von der Selbstversicherung gemacht wird, in der Unzulänglichkeit der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere darin, daß die Versicherung vor Vollendung des 40. Lebensjahres eingegangen sein muß, und bemerkt dazu:

„Die älteren Handwerker hatten also von vorherein keine Möglichkeit, an den Segnungen des Gesetzes teilzunehmen. Dazu kommt, daß die Vorteile, die geboten werden, nicht sonderlich groß sind. Was der Versicherte erreichen kann, ist ziemlich gering. Eigentlich handelt es sich in der Hauptsache nur um die Altersrente. In den Genuß der Invalidenrente wird derjenige, welcher sich freiwillig versichert, nur ausnahmsweise oder doch nicht oft treten, schon deswegen, weil bei einem selbständigen Betriebsunternehmer der vom Gesetze verlangte Nachweis schwer zu führen sein wird, daß „seine Erwerbsfähigkeit dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist.“

Bekanntlich ist in den letzten Jahren häufig aus den Kreisen der Handwerker und selbständigen Gewerbetreibenden die Forderung erhoben, daß das Handwerk und die ihm gleichstehenden Gewerbe in die Zwangsversicherung einbezogen werden. Das Bündler Organ meint nun:

„Daß diese Forderung in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden wird, liegt auf der Hand, ganz abgesehen davon, daß die ganze Frage auch in den Handwerkerkreisen noch strittig ist. Das Handwerk würde in seinem eigenen Interesse handeln, wenn es jetzt vorläufig seine Kraft darauf konzentrieren wollte, die angedeutete Aenderung der Bestimmungen des Gesetzes anzuregen und vorzubereiten. Die gesetzgeberischen Aenderungen würden technisch keine Schwierigkeiten bereiten. Es brauchten nur einige Paragraphen des bestehenden Gesetzes abgeändert zu werden. Von den verbündeten Regierungen sind erhebliche Schwierigkeiten kaum zu erwarten. Sollten sie aber trotzdem gemacht werden, so würde dadurch bewiesen, daß man an maßgebender Stelle berechtigten und durchführbaren Forderungen des Handwerks das Ohr verschließt, und dieser Beweis dürfte so unangenehm sein, daß man keinen Anlaß geben wird, ihn zu führen. Die maßgebenden Parteien des Reichstages werden voraussichtlich zustimmen, abgesehen vielleicht von den Anhängern des reinen Manchestertums, die bekanntlich in einem Omnibus in den Reichstag fahren könnten, und den Sozialdemokraten, denen der Untergang des kleinen selbständigen Mittelstandes zur Herbeiführung des neuen Zukunftsstaates notwendig erscheint. Vorläufig aber haben diese Herren noch nicht die Mehrheit im Reichstage, so daß eine Annahme der Gesetzesnovelle ohne besonderen Kampf und Schwierigkeiten wahrscheinlich sein dürfte. Es kommt nur darauf an, daß das Handwerk einig ist und womöglich den gesetzgeberischen Körperschaften einen genau formulierten Vorschlag der gewünschten Aenderungen macht.“

Die „Deutsche Tagesztg.“ macht sich hier eines ebenso plumpen wie frivolen demagogischen Schwindels schuldig, indem sie die Sozialdemokraten als Gegner der Ausdehnung der Invaliditätsversicherung auf das Handwerk hinstellt. Diesen Schwindel nachzuweisen, haben wir um so mehr Veranlassung, als die reaktionären Parteien ihn jedenfalls weiter fruktifizieren werden, besonders in den kommenden Reichstagswahlkämpfen. Geraume Zeit hindurch war die Sozialdemokratie die einzige Partei, die eintrat für eine Ausdehnung der viel gerühmten Segnungen der Versicherungsgesetze auf diejenigen Kreise der selbständigen Gewerbetreibenden, die in Ansehung ihrer wirtschaftlichen Existenz der gesetzlichen Fürsorgen nicht minder bedürfen, als die Lohnarbeiter. Bereits bei Beratung des Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1883 beantragte sie, daß versicherungspflichtig sein sollen „alle Angehörigen des Deutschen Reiches, die das 15. Lebensjahr zurückgelegt und ein selbständiges Einkommen bis 75 Mark pro Tag haben“. Unsere Partei hielt sich an den richtigen sozialreformatorischen Gedanken — wie das die Abgeordneten Dietz, Frohme, Grillenberger damals ausführten —, daß das Kriterium der Versicherungspflichtigkeit nicht die Lohnarbeit, sondern die Hülfsbedürftigkeit nach Maßgabe des Einkommens sein müsse. An diesem Gedanken, der von den Mehrheitsparteien und besonders energisch von den Konservativen zurückgewiesen wurde, haben die Vertreter unserer Partei in Uebereinstimmung mit dieser selbst auch bei den Beratungen der Invaliditätsversicherungsgesetzentwürfe festgehalten. Als der erste dieser Entwürfe den Reichstag beschäftigte, im Jahre 1899, beantragten sie die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Unternehmer, deren Jahreseinkommen 2000 Mk. nicht übersteigt. Sie begründeten diese Forderung wie ihre frühere zur Krankenversicherung, ausdrücklich damit, daß auch die große Masse der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden eine proletarische Existenz führe und deshalb nach gerechten und vernünftigen sozialreformatorischen Erwägungen Anspruch auf die gleiche gesetzliche Fürsorge habe, wie die Lohnarbeiter. Die Annahme des sozialdemokratischen Antrages würde gleichbedeutend gewesen sein mit der Einbeziehung des größten Teiles dieser Gewerbetreibenden und der Kleinbauern in die Zwangsversicherung. Aber wieder waren es die Konservativen, die ihm am entschiedensten widerstrebten und ihn in Gemeinschaft mit den anderen staatserhaltenden Parteien niederstimmten. Der Münchener Parteitag der Sozialdemokratie im Jahre 1902 sodann forderte in seiner Resolution zur Frage der Arbeiterversicherung „die Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehende Personen“, d. h., wie der Referent Molkenbuhr ausdrücklich betonte, „auf alle Kreise, die die Versicherung nötig haben“, also auf die Masse der Handwerker usw.

Wie die Konservativen und Agrarier alle Landarbeiter von der Invalidenversicherung ausgeschlossen wissen wollten, weil für diese „kein Versicherungsbedürfnis“ vorliege, so auch die kleinen selbständigen Gewerbetreibenden. Erst als aus deren Kreise selbst das Verlangen nach Einbeziehung in diese Versicherung laut wurde, haben die Konservativen und Agrarier aus demagogischen Zweckmäßigkeitsrücksichten ihre Stellung zu dieser Frage verändert. Und heute gebärdet sich das Organ des Bundes der Landwirte in heuchlerischer „Mittelstandsfreundlichkeit“, als sei es die Aufgabe seiner Partei, dem Handwerk zur Einbeziehung in die Invalidenversicherung zu verhelfen gegen den Widerstand der Sozialdemokratie! Wenn das nicht frecher Schwindel zu nennen ist, was dann?

Auch daran sei noch erinnert, daß unsere Partei bei der Beratung der Invalidenversicherungsgesetze gefordert hat, daß die Kosten dieser Versicherung aufgebracht werden durch eine progressive Einkommensteuer auf alle Einkommen über 3000 Mk. eine Einrichtung, die im Zusammenhang mit der oben erwähnten Ausdehnung der Versicherung in sehr erheblichem Maße auch den kleinen selbständigen Gewerbetreibenden zu gute kommen würde. Selbstverständlich wollen die „Mittelstandsfreunde“ im agrarischen und konservativen Lager auch von dieser Reform nichts wissen. Am liebsten möchten sie im Einverständnis mit dem Zentrum und dem „Freisinn“ das ganze Invalidenversicherungsgesetz „schrittweise aufheben“. Einen dahingehenden Vorstoß hat ja bereits 1897 die Zentrumsfraktion des Reichstags, ohne von agrarischer und konservativer Seite Einspruch zu erfahren, unternommen, indem sie die Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Arbeiter der großgewerblichen Betriebe und die Aufhebung des Versicherungszwanges für die Arbeiter des Handwerks, der kleingewerblichen Betriebe, der Land- und Forstwirtschaft und für das Gesinde forderte.

Wenn mit der Durchführung dieser Forderung Ernst gemacht werden sollte — die Regierung hat sich ihr widersetzt —, so würden die agrarischen und konservativen „Mittelstandsfreunde“ sicher dabei sein. Und damit würde sie natürlich auch die Frage der Einbeziehung der Handwerker ꝛc. in die Versicherung leicht und sicher gelöst sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Pod und Wilhelm II. Wie reimt sich das zusammen? Sehr einfach! Man lese nur, was der Oberschweinezüchter in seinem Leiborgan, dem „Berl. Lokalanz.“ verkünden läßt: „Es hat vielfach Verwunderung erregt, daß der jetzige Landwirtschaftsminister von Podbielski bei Gelegenheit seines Uebertritts aus dem militärischen Ruhestand in den Reichsdienst trotz der in unserem Telegramm aus Neundorf vom 7. ds. Mts. dargetanen Schwierigkeiten seine Beziehungen zur Firma Tippelskirch u. Comp. zunächst nicht gelöst und später seinen Anteil nur auf seine Frau übertragen hat. Aus Kreisen, die dem Landwirtschaftsminister nahestehen, wird uns versichert, daß Herr v. Podbielski bei Uebernahme des Postens eines Staatssekretärs des Reichspostamtes seine Verbindung mit der Firma T. u. Co. an der allein hierfür zuständigen Stelle sofort zur Sprache gebracht und darauf eine Antwort erhalten hat, die ihn nicht darüber im Zweifel ließ, daß jene Stelle diese Beziehungen in keiner Weise als ein Hindernis für die Uebernahme des angebotenen Postens ansehe.“ — Selbst wenn diese Darstellung zutrifft, so kann sie keineswegs zur Rehabilitierung Pods dienen. Wilhelm II. ist nicht das deutsche Volk und nur dieses hat über Pod's Taten zu richten.

Von der Zahlung der Fahrkartensteuer entbunden sein möchten die Handlungsgehülfen. Der Verein der Deutschen Kaufleute in Berlin hat an den Bundesrat folgende Eingabe gerichtet: „Der Bundesrat wolle beschließen, dem Stande der Handlungsgehilfen, soweit dessen Jahreseinkommen den Betrag von 2000 Mark nicht übersteigt, dieselbe Vergünstigung in bezug auf Besteuerung ihrer Straßen- beziehungsweise Stadtbahnabonnementskarten zu gewähren, wie sie am 1. August cr. den Arbeitern, welche mechanische Lohnarbeit verrichten, zugebilligt wurde. — Wir haben absolut nichts gegen diesen Wunsch einzuwenden, meinen aber, daß, wenn demselben entsprochen würde, die Vergünstigung auch den kleinen Geschäftsleuten usw., deren Einkommen recht häufig 1000 Mk. knapp übersteigt, zugute kommen müßte. Was hier dem einem recht ist, ist dem andern billig.

Wilhelm II., Frau Krupp und der im Gebüsch versteckte Oberbürgermeister. Wilhelm II. hielt sich dieser Tage wieder einmal in und bei Essen auf. In einer Schilderung dieses Aufenthalts in der „Rheinisch Westfälischen Zeitung“ heißt es: „Der Kaiser unterhält sich einige Augenblicke mit Frau Krupp und wendet sich dann an Fräulein Berta und Barbara Krupp mit den Worten: „Also das sind die beiden Verlobten!“ Dann begrüßt er die Herren v. Bohlen-Halbach und v. Wilmowski. Nachdem er einige Worte mit diesen gewechselt hat, winkt Frau Krupp ins Gebüsch hinein, und von dort tritt Oberbürgermeister Holle vor, und Frau Krupp stellt ihn dem Kaiser als den neuen Oberbürgermeister von Essen vor.“ — Wie lange mag wohl der Oberbürgermeister im Gebüsch versteckt gelegen haben, bis er der Gnade gewürdigt wurde, von Frau Krupp Wilhelm II. vorgestellt zu werden?

Die Reichstagsersatzwahl im 10. sächsischen Wahlkreis (Döbeln) findet am 22. Oktober statt.

Ein Kolonialskandal en miniature. Nach all den großen Kolonialskandalen verdient heute ein Skandalfall in Sedezformat eingehendere Würdigung. Es handelt sich zwar nicht um das Einheimsen eines Millionengewinnes aus dem großen Korruptionstrog der Kolonialpolitik, sondern nur um das Trinkgeld von 3000 Mk., aber der Fall erscheint uns doch so typisch für das Bemühen, wenigstens etwas von dem überströmenden Reichtum aufzufangen, daß er gewissenhafte Buchung verdient. Nicht zuletzt auch deshalb, weil er beweist, welch rührende Nachsicht die oberen Verwaltungsbehörden auch den kleineren Kolonialsündern gegenüber walten lassen. Vielleicht deshalb, weil man die kleinen Sünder nicht

hängen kann, da sie nur zu genau wissen, daß man die großen Sünder ungestraft hat laufen lassen?! Es handelt sich um einen „Fall Tesch“, dem die „Freis. Ztg.“ heute einen langen Leitartikel widmet. Tesch, Hofrat und Expedient in der Kolonialverwaltung, hat eine Zeitlang die Geschäfte des Vorstehers der geheimen Kalkulatur mitzuführen und dafür eine pensionsfähige Zulage von 600 Mark pro Jahr erhalten. Später wurde Tesch die Extraarbeit wieder abgenommen und den Expedienten Heinze und Gragert übertragen, die für diese ihre vermehrte Arbeit je 400 Mk. nichtpensionsfähiger Zulage pro Jahr aus dem Remunerationsfonds erhielten. Tesch war dadurch zwar der Mehrheit lebig geworden, allein er hegte das menschlich ja begreifliche Verlangen, nichtsdestoweniger im Besitze der entsprechenden Extrazulage zu bleiben. Hofrat Tesch stellte deshalb noch weitere fünf Jahre hindurch Quittungen über die Funktionszulage aus und erhob dadurch die ihm nicht mehr zustehende Zulage. Das in Stuttgart erscheinende klerikale „Deutsche Volksblatt“ nagelte diesen Fall fest und erhob die Anschuldigung, daß Tesch mit Wissen des Personalreferenten König und des Finanzreferenten Dr. Seitz eine ungesetzliche Zulage bezogen und falsche Quittungen ausgestellt habe! Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gab nun die Tatsache dieses rechtswidrigen Gehaltsbezuges zu, erklärte aber dieses eigenartige Manöver damit, daß die Zulage dem Tesch belassen worden sei, „weil von der Ansicht ausgegangen wurde, daß einem etatsmäßigen Beamten eine einmal gewährte Zulage, die im Etat ausdrücklich als pensionsfähig bezeichnet ist, nur mit seiner Zustimmung oder bei Uebertragung einer anderen etatsmäßigen Stelle entzogen werden kann. Tesch befindet sich heute noch, wie seinerzeit als Kalkulatorvorstand, in der etatsmäßigen Stelle eines Expedienten. Von der Ausstellung falscher Quittungen kann nicht die Rede sein. Die Angelegenheit ist bereits in der Sitzung der Budgetkommission vom 22. März 1906 eingehend behandelt worden . . . In das Finanzreferat der Kolonialabteilung ist der G. Legationsrat v. Seitz erst Ende 1901 übergetreten, also erst nach dem Zeitpunkt, zu welchem Hofrat Tesch die Geschäfte des Kalkulaturvorstandes abgegeben hatte und in dem Finanzreferat Verwendung fand“. Diese Darstellung bezeichnet nun die „Freis. Ztg.“ als „inkorrekt“ und „irreführend“. Nach der Bestimmung des Etats für das Reichskolonialamt für 1906 unter Kapitel 69a Titel 4 handle es sich unverkennbar nur um eine Funktionszulage für die Dauer der Wahrnehmung bestimmt bezeichneter Dienstgeschäfte. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ habe die Widerruflichkeit der Zulage „arglistig verschwiegen“. Die Vorschrift, daß die Zulage „pensionsberechtigt“ sei, beeinträchtige ihre Widerruflichkeit nicht im geringsten. Sie habe lediglich die rechtliche Wirkung, daß die Zulage, falls sie mindestens ein Jahr lang bezogen worden sei, im Falle der Pensionierung des Beamten für die Festsetzung der Höhe der Pension neben dem Gehalt zu berücksichtigen sei. Jedoch nur dann, wenn der Beamte nicht nach Entziehung der Funktionszulage durch Gehaltszulagen oder Uebertragung einer anderen etatsmäßigen Stellung ein höheres pensionsberechtigendes Einkommen erworben habe, als die Funktionszulage mit dem gleichzeitig mit dieser Zulage bezogenen pensionsberechtigenden Einkommen ausmache. Diese Grundsätze ständen gesetzlich so fest und seien so außerordentlich einfach, daß es ganz unbegreiflich sei, wie das offiziöse Blatt dem Hofrat Tesch und den für die Auszahlung verantwortlichen Beamten noch den guten Glauben für ihr gesetzwidriges Vorgehen zubilligen könne! Der jüngste Kalkulationsbeamte habe hier klar sehen müssen, geschweige Hofrat Tesch und Personalreferent König und Finanzreferent Seitz. Die „Freis. Ztg.“ betont: „Herr Tesch mußte deshalb ferner wissen, daß er, indem er auch noch nach seiner Entbindung von der Führung der Kalkulaturvorstandsgeschäfte die hierfür bestimmte Zulage weiter abhob und über sie ausdrücklich als „Funktionszulage“ quittierte, eine Täuschung verübte. Denn andernfalls wären Kasse wie Rechnungshof gezwungen gewesen, die Zahlung zu verweigern bezw. zu monieren. So aber wurde der Rechnungshof durch die Quittung des Herrn Tesch fälschlich in den Glauben versetzt, daß Herr Tesch tatsächlich immer noch die Funktionen des Kalkulatorvorstandes verrichtete.“ Aber auch die Herren König und Seitz seien von der Mitschuld nicht freizusprechen: „Wer aber bewirkte die Zahlung der Beträge an Gragert und Heinze? Der Finanzreferent Dr. Seitz und der Personalreferent v. König. Dies wird durch die bezüglichen Kassenorders bewiesen. Wenn nun Herr Dr. Seitz auch nur die geringste Geschäftskenntnis besaß — und die wird er sich nicht absprechen lassen wollen — so hätte er spätestens in dem Moment, als er zum erstenmal für die Herren Heinze und Gragert je 400 Mk. aus dem Remunerationsfonds anwies, bemerken müssen, daß die im Etat vorgesehene Funktionszulage an Herrn Tesch und zwar zu Unrecht gezahlt wurde. Zum Ueberfluß kommt noch hinzu, daß die Zahlung dieser Funktionszulage an Herrn Tesch wiederholt dienstlich erörtert worden ist, so daß die Geheimräte v. König und Dr. Seitz über die Ungesetzlichkeit der Zahlung wohl unterrichtet waren.“ Man sieht, es handelt sich zwar nur um die gesetzwidrige Aneignung von lumpigen 3000 M, aber zugleich auch um ein höchst eigenartiges System der Finanzkontrolle und in letzter Hinsicht um offiziöse Vertuschungsversuche der allerbedenklichsten Art! So minimal der Fall an sich auch sein mag, er illustriert vortrefflich das System, aus dem sich die großen Kolonialskandale, die Tippelskircherei, die Monopolisierung der Wörmannlinie usw. usw. erklären! Es ist nicht etwas faul im Staate Dänemark, sondern die Korruption durchseucht die ganze Kolonialverwaltung!

Die Regierung möge dreist einen Verfassungsbruch begehen? Das ist der Sinn der Ausführungen, die der bekannte Flottenagent General z. D. von Liebert in der „Deutschen Monatsschrift“ macht. Er ist empört darüber, daß der Reichstag die südwestafrikanische Bahn von Kubub nach Keetmannshop abgelehnt hat und meint nun: „Es sollte sich doch in den Regierungskreisen eine Persönlichkeit finden, die in diesem Falle den Krieg als force majeure und den Bahnbau als unbedingt und sofort zu erledigen auf ihre Schulter nimmt. Es dürfte der Reichstag entweder nicht verabschiedet werden, bevor die Bahn nicht bewilligt war, oder man baut die Bahn trotz alledem und erbittet nachher Indemnität. Das gegenwärtige bequeme laisser aller, das die verantwortlichen Organe so sehr lieben, kann als verhängnisvoller Vorgang später weiter wirken. Man gestalte das Beispiel: die deutschen Truppen stehen vor Paris, es bedarf des sofortigen Baues einer Umgehungsbahn mit voller Spurbreite, der vom Reichstag bewilligte Kredit ist aber abgelaufen. Sollen dann die Truppen vor dem Feinde darauf warten, bis der hohe Reichstag zusammentritt und in Kommission und Plenum die erforderlichen Summen bewilligt?! Was sollen denn unsere braven Südwestafrikaner sagen, wenn sie sich so schmachvoll vom Vaterlande verlassen sehen? Man sucht vergeblich in der Welt nach einem Lande, in dem außerhalb Deutschlands eine solche unbegreifliche Handlungsweise des Parlaments und ein solches Geschehenlassen denkbar wäre. Der 26. Mai 1906 ist dem 1. Juli 1890 in der deutschen Kolonialgeschichte würdig an die Seite zu setzen; es ist der schmerzlichste Rückfall in die Kinderkrankheiten, die wir glaubten überwunden zu haben. Der deutsche Reichstag und das deutsche Volk ringen um die Palme in politischer Unreife.“ — Wir gestatten uns, diesen Mann nicht ernst zu nehmen. Während sich ein Kolonialskandal an den anderen reiht und die Korruption und Ungesetzlichkeit im Kolonialwesen täglich mehr erwiesen wird, erdreistet ein General v. Liebert sich, der Regierung anzuraten, entgegen den Beschlüssen des Reichstages zu handeln, also Verfassungsbruch zu begehen! Darin liegt doch eine unfreiwillige grausame Komik.

Der frühere bayrische Finanzminister Freiherr v. Riedel ist gestern abend in München gestorben. Er war an einer Darmfistel erkrankt und von seiner Sommerfrische Ambach nach München in die Klinik des Professors v. Angerer gebracht worden, um dort operiert zu werden. Obgleich die Operation gut verlaufen war, hat die Widerstandskraft des 76jährigen Mannes doch nicht ausgereicht, ihre Folgen zu überwinden.

Konto St. Am 23. Oktober v. J. nahm das „Berliner Tageblatt“ Notiz von einem Gerücht, wonach der Minister v. Podbielski und der Kolonialdirektor Dr. Stübel bei der Firma v. Tippelskirch u. Co. Geheimkonten hätten, die unter den oben angegebenen Bezeichnungen gebucht wurden. Die Redaktion des „B. T.“ sagte dazu, daß sie nicht an die Wahrheit dieses Gerüchts glaube, sie habe die Mitteilung, die ihr von mehreren Seiten zugegangen sei, nur deshalb veröffentlicht, um der Regierung Gelegenheit zu geben, die Mitteilung öffentlich zu dementieren. Diese Notiz des „B. T.“ hatte neben vielen andern Blättern auch der „Vorwärts“ abgedruckt, und dazu Bemerkungen gemacht des Inhalts, daß auch er die betreffende Notiz für unglaubwürdig halte, und deshalb ein entschiedenes amtliches Dementi geboten erscheine. Gegen das „Berliner Tageblatt“ und gegen den „Vorwärts“ wurde daraufhin Anklage wegen Beleidigung des Kolonialdirektors Dr. Stübel erhoben mit dem Erfolg, daß der Redakteur des „Berl. Tageblatts“ zu 1500 der „Vorwärts“-Redakteur zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Das Gericht stellte fest, daß der Kolonialdirektor durch die Artikel schwer beleidigt worden sei und daß nur deshalb eine Geldstrafe als ausreichende Sühne verhängt sei, weil den Angeklagten zugute gehalten werden müsse, daß sie die ihnen überbrachten Mitteilungen nicht für wahr hielten. Viel schwerer mußte Genosse Quint als Verantwortlicher der „Frankfurter Volksstimme“ büßen, der ebenfalls den Artikel nachgedruckt hatte, er erhielt 6 Monate Gefängnis. An diese Vorgänge mag jetzt erinnert werden, wo die „Fr. Ztg.“ im Anschluß an die Enthüllungen aus dem Kolonialsumpf schreibt: „Was von der Tätigkeit Stübels bekannt geworden ist, spricht nicht dafür, daß dieser Herr sich um die ihm obliegenden Aufgaben viel gekümmert hat. Es wäre interessant, wenn jetzt einmal festgestellt würde, wie viele amtliche Schriftstücke denn eigentlich von Dr. Stübel selbst erledigt worden sind, wie viele von seinen Geheimräten. Auf den Herrn Direktor würde dabei nur ein überraschend geringer Bruchteil kommen. Ganz im Gegensatz zu dem ersten Kolonialdirektor Dr. Kayser, der alles selbst prüfte und anordnete, waren unter Dr. Stübel die Geheimräte allmächtig. Wie wenig Dr. Stübel sich um sein Amt kümmerte, geht schon daraus hervor, daß es Beamte gab, die schon lange Zeit in der Kolonialabteilung tätig waren, ohne ihren Direktor jemals in den Diensträumen zu Gesicht zu bekommen.“ — Das läßt tief blicken! Für diese Nichttätigkeit hat dann Herr Stübel aber destoweniger ein sehr hohes Gehalt geschluckt — aus den Taschen der deutschen Steuerzahler.

Rußland.

Die Reaktion wütet. Nach einer Meldung des Laffan-Bureaus nahm die politische Polizei in Petersburg seit Montag voriger Woche 268 Verhaftungen und 46 Haussuchungen vor; außerdem wurden 66 Personen aus Petersburg ausgewiesen, 32 Personen nach Sibirien verbannt, acht Arbeiterrestaurants und vier Bureaus für Arbeitslose geschlossen. Nach einer anderen Meldung werden 240 Dumaabgeordnete gerichtlich verfolgt. Für die Schlächter aber fehlt es nicht an Belohnungen. Der Flügeladjutant des Zaren Oberst Fürst Trubetzkoi überreichte am Freitag im Auftrage des Zaren an jene Soldaten, welche den Aufstand in Kronstadt unterdrückt haben, Medaillen und größere Geldbeträge und sprach ihnen sodann den Dank des Zaren aus. Hierauf besuchte der Oberst die Lazarette, in denen bei dem Aufstande verwundete Soldaten liegen. Am Zarenhofe soll nach dem „Russ. Kurier“ eine freudige Stimmung darüber sein, daß es gelungen ist, das Kabinett Stolypin zusammenzubringen, ohne daß die unbequemen Nichtbureaukraten, die rechtsstehenden Konstitutionellen, darin aufgenommen sind, die es wagten, Bedingungen zu stellen. Graf Heyden, der bei dieser Kombination neben dem Fürsten Lwow und Gutschkow in Frage kam, hat übrigens in der „Now. Wremja“ eine Erklärung losgelassen, die die Regierungsbehauptung Lügen straft, wonach der Eintritt dieser Politiker in das Kabinett auf Hindernisse gestoßen sei, die „außerhalb ihres und der Regierung Willen“ lagen. Er stellt fest, daß sie den Eintritt von mindestens fünf Männern ihrer Partei und die offizielle Verkündigung forderten, daß das Kabinett sich auf das Programm der Partei verpflichte. Da die Regierung diese Bedingungen nicht erfüllen wollte, seien die Verhandlungen gescheitert. Stolypin hat indes neue Pläne, wie er die Liberalen für das Ministerium gewinnen kann. Er will in engste Beziehungen zu den Semstwos treten und hat zu diesem Zwecke den Fürsten A. M. Dolgorukij und M. W. Tschelokow nach Petersburg beordert, woselbst am Freitag, den 10. August, die erste Konferenz stattfand. Zugleich versucht die Regierung, die Arbeiterschaft von der revolutionären Partei loszulösen, sie durch allerlei Versprechungen materieller Verbesserungen zu korrumpieren. So will der russische Finanzminister Kokowzew eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung schaffen, der Minister Stolypin will gestatten, daß Arbeiterorganisationen in's Leben gerufen werden usw. Wie diese Annäherungsversuche der russischen Regierung an die Arbeiterschaft angestrebt werden, illustriert die nachfolgende Unterhaltung zwischen einem höheren Polizeibeamten und einem „gemäßigten“ Arbeiterführer: „Der Zar hat befohlen, die größtmöglichste Erfüllung der berechtigten Wünsche der Arbeiter in Erwägung zu ziehen. Welche sind es Ihrer Meinung nach?“ Die Arbeiter wünschen zunächst, daß man sie ebenso als Menschen betrachtet wie alle anderen. „Gut! Aber das sind doch nur Worte. Wollen Sie sich nicht bestimmter äußern?“ Wir wünschen, daß man die Arbeiter wie die Menschen anderer Klassen behandelt, deshalb muß man erstens ihre ökonomische Lage heben, dann ihnen Zeit und das Recht geben, über ihre Angelegenheiten ungestört zu beraten! „Sie verlangen also freie Zusammenkünfte?“ Jawohl! „Was wollen Sie noch?“ Freiheit der Presse! „Freiheit der Presse?! Wozu brauchen denn die Arbeiter die Freiheit der Presse?“ Um die Wahrheit sagen zu können. Der Arbeitgeber begeht jetzt allerhand Ungerechtigkeiten, übt einen Druck auf seine Arbeiter aus usw.; nur beim Vorhandensein einer völlig freien Presse kann man solches Treiben entlarven und die Wahrheit an den Tag bringen! „Hm, Freiheit der Presse. . . . Aber das ist doch eine Forderung der Sozialdemokratie?“ Dessenungeachtet wünschen wir es auch! „Nun, und die Selbstherrschaft? Stört diese die Verwirklichung Eurer Pläne?“ „Die Selbstherrschaft stört nicht, sie war doch auch nicht die Veranlassung zu den meisten Streiks! Wie denkt man in Euren Kreisen darüber, daß die Arbeiterwünsche am rationellsten zu erlangen sind!“ Die Arbeiter wollen, daß man die aus ihrer Mitte frei gewählten Vertreter stets anhört und die durchaus gerechten Forderungen baldigst erfüllt. Nur in solchem Falle und wenn die Regierung weitere zweckdienliche Maßnahmen trifft, ohne jedoch zu Repressalien zu greifen, kann das unabwendbare Unheil verhütet werden.“ — Die Aeußerungen dieses „gemäßigten“ Arbeiterführers lassen erkennen, daß es der zarischen Regierung verzweifelt schwer fallen wird, die Wünsche selbst der gemäßigten Arbeiter zu erfüllen. Es hat demnach wohl gute Weile mit dem Einfangen der Arbeiterschaft für diese Regierung. Und die Sozialdemokratie ist auch noch da.

Eine sensationelle Meldung bringt die „Frankfurter Zeitung“ in folgendem Telegramm aus Odessa: Die Tochter eines Generalleutnants, Barbara Prinze, traf hier ein und wurde, da sie die Freundin der Töchter des Generals Kaulbars ist, von diesem im Hotel besucht und in das Haus des Generals zu Mittag eingeladen. Als sie mit den Kaulbarsschen Damen das Hotel verließ, entfiel ihrem Strickbeutel eine Bombe, die aber nicht explodierte. Gleich darauf ergriff sie aus ihrer Tasche einen Revolver und erschoß sich, nachdem sie erklärt hatte, sie sei aus Petersburg gekommen, um das auf den Tod des Generals Kaulbars lautende Urteil der Petersburger Kampforganisation auszuführen.

„Bedenkliche“ Nachrichten. Dem St. Petersburger Korrespondenten der „K. V. Z.“ zufolge führten im Lager von Krasnoje Selo vor sich gehende Manöver beinahe zu einer furchtbaren Katastrophe, da bei allen Truppenteilen unter die Platzpatronen scharfe Patronen gemengt waren. Den Zeitungen ist strenges Stillschweigen auferlegt. Mehrere Zivilpersonen wurden verhaftet, die anscheinend Militärs zur Durchführung des teuflischen Planes gewonnen hatten. — Aus dem Kaukasus hat die Zentralregierung sehr bedenkliche Nachrichten erhalten. Dort bereitet sich eine Erhebung des gesamten Kaukasus gegen die russische Herrschaft vor. Die Garnisonen von Michailowskaja und Kars sind bereits von der Gärung ergriffen. Privattelegramme über Unruhen im Kaukasus werden nicht durchgelassen. Einige dort weilende Korrespondenten der Residenzblätter wurden verhaftet. Jedenfalls dürfte der Kaukasus zum Herbst der Schauplatz von entsetzlichen Ereignissen werden.

Schweiz.

Nach preußischem Muster. Der Züricher Stadtrat verbot einen Umzug, durch den die Arbeiter gegen das Verbot des Streikpostenstehens protestieren wollten, und bot eine Schwadron Kavallerie auf, weil das Verbot eine starke Erregung bei den Arbeitern erzeugte.

Persien.

Die Erfolge einer Revolution kann nun auch das persische Volk einheimsen. Aus Teheran wird nämlich gemeldet: Der Schah von Persien hat zur Einführung konstitutioneller Zustände in Persien ein Parlament einberufen, bestehend aus folgenden Gruppen: den Prinzen des kaiserlichen Hauses, der Geistlichkeit, dem Adel, der Kaufmannschaft, den Industriellen und einer Gruppe der breiten Schichten (?) der Bevölkerung. Alle Beschlüsse des Parlaments gelangen durch den Großwesir an den Schah, der sich vorbehält, die den Beschlüssen entsprechenden Gesetze zu veröffentlichen. (Wie der Zar!) Die Flüchtlinge, die in der englischen Gesandtschaft Schutz suchten, haben mit Ausnahme von 200, die persönliche Forderungen haben, die Gesandtschaft verlassen. Die Priester, die aus Teheran flohen, kehren zurück. Illuminationen sind im ganzen Lande angeordnet worden. Die Verfassung zeigt, bei der Nähe Rußlands kein Wunder, das russische Muster. Vielleicht bekommt nun nach dem Vorgange Persiens auch der deutsche Bundes-

Staat Mecklenburg bald Gelegenheit zum Inaugurieren?

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 14 August.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Betrieb von A. Holst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Achtung, Holzarbeiter! Nach Aufhebung des Streiks weigern sich die Arbeitgeber, die Streikenden einzustellen. Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hülfsarbeitern nach Lübeck ist deshalb streng fernzuhalten.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder findet heute, Dienstag abend, im Vereinshaus statt. Paul Lange aus Berlin wird über die Aussperrung der Lithographen und Steindrucker referieren. Hoffentlich erscheinen die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Lübecks recht zahlreich in dieser Versammlung, zumal das Thema, welches in derselben behandelt wird, interessant und lehrreich für alle Arbeiter ist.

Der Sedantag soll noch immer in den hiesigen Schulen und Kirchen gefeiert werden, so will es der Lübecker Senat. Es ist doch wirklich an der Zeit, mit dieser chauvinistischen Feier, die bei Freund und Feind nur alte Wunden wieder aufreißt und der Verständigung zweier großer Völker hindernd im Wege steht, endlich aufzuräumen.

Ueber die Erhöhung des Bierpreises beobachten die Wirte noch immer strengstes Stillschweigen, obwohl der Beschluß der Brauereien, den Preis des Hektoliters Bier um 1,50 Mk. zu erhöhen, morgen in Kraft treten soll. Ist vielleicht beabsichtigt, die Konsumenten zu überrumpeln und sie ohne weiteres vor die Tatsache zu stellen: von heute ab kosten 3/10 Liter Bier 20 Pfg.?! Die Entrüstung über ein solches Vorgehen dürfte den Wirten nicht gerade gut bekommen. Bei einem Aufschlag von 5 Pfg. würden die Wirte aus jedem Glas Bier einem Mehrverdienst von etwa 4½ Pfg. erzielen und ist es selbstverständlich, daß sich das Publikum eine derartige unverschämte Uebervorteilung nicht gefallen lassen wird. Auch in bürgerlichen Blättern mehren sich die Stimmen, welches das Vorgehen der Brauereien und Bierverkäufer scharf verurteilen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Wirte Einsicht genug besitzen, um das Publikum nicht zu einem Kampf gegen das eigene Gewerbe zu zwingen.

Wegen Sittenverbrechens wurden im Laufe voriger Woche, wie bereits kurz gemeldet, nicht weniger als fünf Personen verhaftet. Besonderes Aufsehen erregte die Festnahme des in der Hansastraße wohnenden Kaufmannes und Rentiers Wennohs, der wiederholt an einem zwölfjährigen Kinde Sittenverbrechen verübte. Dieser Wüstling machte sein Opfer erst betrunken und schändete es dann. Am letzten Donnerstag fiel es den Kellnern der Lückschen Brauerei auf, daß W. dem in seiner Begleitung befindlichen Kinde drei Glas Bier hineinzwang; man lauerte ihm auf und ertappte ihn dabei, wie er versuchte, sein Verbrechen auszuführen. Später ist ihm das auch auf dem Wege zwischen Geniner Straße und Cronsforder Allee gelungen. Es wurde selbstverständlich Anzeige gegen W. erstattet; hoffentlich wird der Schweinigel, der noch mehrere derartige Taten auf dem Gewissen hat, für längere Zeit unschädlich gemacht.

Vorsicht beim Umgang mit Hunden. Die Hunde sind besonders im Sommer den Menschen recht gefährlich. Dieses Lieblingstier des Menschen ist leider ein sehr unreines Geschöpf. So sauber z. B. die Katze ist, so unsauber ist der Hund. So wählerisch die Katze in der Auswahl ihrer Nahrung ist, so gleichgiltig und schmutzig ist darin der Hund. Ist ein Hund nicht mustergiltig dressiert, so schlingt er, seinem natürlichen Instinkt folgend, alles gierig und wahllos herunter, was ihm nur eben genießbar erscheint. Ein Hund schnüffelt mit Behagen an den widerwärtigsten Dingen herum. Und diese unsaubere Nase wird oft von Erwachsenen, mehr aber noch von Kindern mit dem Munde berührt, ja sogar geküßt. Auf diese Weise können im Sommer die gefährlichsten Keime den Einzug in den menschlichen Organismus halten und die schlimmsten ansteckenden Krankheiten erzeugen. Es ist durchaus nicht übertrieben, sondern nur die Festlegung einfacher Tatsachen. Zärtlichkeit mit einem Hund kann gleichbedeutend mit Selbstmord werden, denn der Hund ist nicht nur höchst unsauber, er wird auch von einem ganzen Heer von übertragbaren Krankheiten geplagt, mehr als jedes andere Haustier, vor allem von den sog. Räude- oder Krätzemilben. Darum keinerlei Liebkosungen des Hundes, und vor solchen wollen die Erwachsenen recht eindringlich die Kinder warnen.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern 19½ Grad.

Die Ringkampf-Konkurrenz beginnt am Donnerstag im Hansa-Theater; es ist wohl anzunehmen, daß die Freunde des athletischen Sports sich hierzu recht zahlreich einfinden werden. Da außerdem noch erstklassige Spezialitäten auftreten, ist für ein abwechslungsreiches Programm gesorgt.

Die Hamburger Karawanen-Menagerie gibt gegenwärtig auf dem Burgfelde Vorstellungen und findet recht guten Zuspruch. Der Tierbestand ist reichhaltig und weist namentlich prächtige Exemplare von Raubtieren auf. Löwen sind sehr zahlreich vertreten, vom zwei Monate alten Löwenbaby, das sich nach Katzenart in seinem Käfig herumtummelt, bis zum ausgewachsenen Berberlöwen. Besonderes Interesse erregt ein Bastard vom Pferd und Kuh, jedenfalls eine seltsame Kreuzung. Es würde zu weit führen, wollte man sämtliche vorhandenen Tiere aufzählen, alle die Tiger, Bären, Affen usw. Interessant sind auch die Raubtierdressuren und die Künste des Elefanten. Die Menagerie bietet somit reiche Belehrung und Unterhaltung und verdient den Besuch des Publikums.

Wilhelm-Theater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Wir wollen nicht unterlassen, das Interesse aller Theaterfreunde nochmals besonders auf die morgige Vorstellung hinzulenken. In doppelter Veranlassung — Benefiz für Josef Kron und Abschieds-Gastspiel Luise Delosea — sind wir wohl zu der Annahme berechtigt, daß „Alt-Heidelberg" außergewöhnliche Beteiligung findet. Donnerstag ist die zehnte und letzte Aufführung von: „Sherlok Holmes", und Freitag ist das letzte Gastspiel von Max Schütz als Graf Michael von Kellinghausen in Sudermanns „Es lebe das Leben", geplant.

Burg i. D. Die Schul-Verachtung der preußischen Regierung wird aufs neue beleuchtet durch folgende Notiz der „Tägl. Rundschau": Aus dem Regen in die Traufe kamen die Lehrer in Burg in Dithmarschen. Auf wiederholte Beschwerde wegen Ueberfüllung der Klassen ordnete die Regierung die Errichtung einer vierten Knabenklasse an. Da aber nicht auch zugleich eine neue Lehrkraft angestellt wurde, so haben die Lehrer jetzt wöchentlich 32 statt bisher 26 Unterrichtsstunden zu geben, ohne dafür eine besondere Entschädigung zu erhalten." Wie verträgt sich das mit der Renommiererei des Abg. Gamp, wonach die Schulverhältnisse gerade in Schleswig Holstein die „idealsten von ganz Preußen" seien?

Oldesloe. Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben. Bekanntlich ziehen unsere „notleidenden" Agrarier immer mehr und mehr ausländische, sogenannte Saisonarbeiter heran, die den einheimischen Arbeitern als Lohndrücker entgegentreten sollen. Diese Leute kommen hauptsächlich aus Rußland, Ungarn und Galizien. Um aber diese armen Teufel auch gehörig ausbeuten zu können, ist es in erster Linie erforderlich, daß sie keinen Moment aus ihrer Lethargie und ihrem Stumpfsinn erwachen, sondern im Interesse des Ausbeuters in der tiefsten Unwissenheit und der erforderlichen christlichen Demut verbleiben. Deshalb bereisen gegenwärtig Seelsorger verschiedener Glaubensrichtungen unsere Gegend, um ihre Standesgenossen aufzusuchen und ihnen ihr „sündhaftes Leben" von neuem vor Augen zu halten. Wie sehr den Herren Pastoren das Wohl und Wehe ihrer Schutzbefohlenen am Herzen liegt, erkennt man ja daran, daß so ein Bruder in Christo es für notwendig hält, sich erst bei dem betreffenden Unternehmer über das Verhalten der Arbeiter zu erkundigen. Den Arbeitern wird gesagt: „Dulde, armer Mann, dort oben wird es Dir dereinst mal besser geben." Die Unternehmer glauben aber ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses nur an einen Gott, nämlich an den Gott Mammon. — Vakanter Posten. Der Bürgermeisterposten soll neu besetzt werden und ist ausgeschrieben. Das Gehalt beträgt 3000 Mk., steigend bis 4800 Mk. Bewerber haben ihre Gesuche bis zum 31. August einzureichen. — Feuersbrunst. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag brannte auf dem Gute Nütschau eine neuerbaute Scheune total nieder. Zirka 80 Fuder Roggen wurden ein Raub der Flammen. Die Ursache des Feuers ist unbekannt.

Hamburg. Der Streik der Münzarbeiter in Hamburg ist, wie das „Echo" meldet, von den Streikenden beendet worden. Die Streikleitung hatte aus taktischen, hier nicht näher zu erörternden Gründen der Münzdirektion bekannt gegeben, daß die Streikenden gewillt seien, die Arbeit zu den erhöhten Löhnen wieder aufzunehmen und gleichzeitig angefragt, ob beabsichtigt werde, die Streikenden sämtlich oder zum Teil wieder einzustellen. Auf diese Zuschrift hat die Münzdirektion geantwortet, daß die Streikenden nicht wieder eingestellt werden. Mit dieser Antwort hatten die Streikenden natürlich gerechnet. Schon der seinerzeitige Beschluß, in den Ausstand zu treten, wurde gefaßt in der ausgesprochen Voraussetzung, die Ausständigen würden nicht wieder in den Münzbetrieb hineinkommen. Mit der Möglichkeit, für die direkt beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen unmittelbare Vorteile erzwingen zu können, wurde von vornherein nicht gerechnet. Man nahm als ziemlich sicher an, daß die Behörden den Streikenden vor einer eventuellen Wiederaufnahme der Arbeit unwürdige Zumutungen stellen würden und diese abzulehnen, war alles von Beginn an entschlossen, Enttäuschungen für die Streikenden konnte es also nicht geben. — Zum Bierwucher. Der Brauereiverband von Hamburg und Umgegend teilte dem Vorsitzenden des Gastwirteverbandes mit, daß trotz des Protestes vom 15. August an der Preis des Hektoliters Bier um 2 Mk. erhöht werden soll. Die hiesigen Wirte wollen deshalb nichthamburgisches Bier kaufen, das zu dem bisherigen Preise von 16 Mk. pro Hektoliter angeboten wird.

Flensburg. Wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Arbeiter Jacobsen aus Lauensby auf Alsen wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis.

Rostock. Die schlauen Mecklenburger. Der Aerger über die Fahrkartensteuer, die unpopulärste Abgabe, die es je gegeben hat, äußert sich vielfach in sehr scharfer Weise. So wird aus Mecklenburg geschrieben, daß diese Steuer eine große, gegen Preußen gerichtete Mißstimmung hervorgerufen habe. Man sei dort auf einen eigenartigen Steuerumgehungsgedanken verfallen, der freilich auf Eisenbahnen nicht praktikabel sei, wohl aber bei Benutzung der vielen Wasserstraßen in Anwendung gelange. Da die Besitzer von Personendampfern, die dort den Verkehr auf den zahllosen Seen vermitteln, von der Fahrkartensteuer eine Abnahme des Verkehrs und damit eine Geschäftsschädigung befürchteten, so hätten sie sich in der Weise aus der Schlinge zu ziehen gesucht, daß sie vom 1. August ab die Ausgabe von Fahrkarten einstellten. Die Entrichtung des Fahrpreises geschehe während der Fahrt, ohne daß den Fahrgästen ein Fahrschein eingehändigt werde. Als auf einer solchen Fahrt der einkassierende Kapitän nach dem Grunde dieser auffallenden Neuerung gefragt wurde, erhielt der Fragesteller die lakonische Antwort: „Wo keine Fahrkarte, ist auch keine Fahrkartensteuer!" Ob sich gegen diese Art Steuerweigerung etwas wird machen lassen, ist eine juristische Frage.

Rostock. Aus dem Junkerstaat — Mecklenburg. Gegen den § 130 des Strafgesetzbuches soll die „Meckl. Volksztg." in Rostock verstoßen haben. „Auf ergangene Anzeige" wurde am Sonnabend Genosse Kühn von einem Richter vernommen, weil das Vergehen in dem Leitartikel vom 1. August gefunden worden sei, den die „Volkszeitung" aus der „Neuen Zeit" damals veröffentlichte. Es handelte sich um den Artikel des Genossen Marchionini-Königsberg: „Massenstreik und Landarbeiter" in Nr 44 der „N. Zt." Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß mit der Erörterung der Massenstreikfrage an sich noch niemand „zu Gewalttätigkeiten aufgereizt" wird, zu allerletzt könnte dies aber wohl der Fall bei den armen rechtlosen, unorganisierten und folglich völlig unaufgeklärten „ostelbischen Landarbeitern" möglich sein. Offenbar rechnet man aber in Junkerkreisen bereits mit dieser Möglichkeit und ist über den Artikel höchst nervös geworden.

Vegesack. Ein Parteischiedsgericht tagte am Freitag, den 10. d. M. in Vegesack, um sich mit dem Antrag des Sozialdemokratischen Vereins zu Vegesack auf Ausschluß der Genossen Overbeck, Merz, Böjes, Kuhlmann, Krumholz, von Harten, Eggersdorf, Lohrmann und Hellmers zu beschäftigen. Die angeschuldigten Genossen sind Mitglieder des Bürgervereins in Vegesack und haben gegenüber einem Beschlusse der Parteiorganisation, der dahin ging, daß die Mitgliedschaft in dem Bürgerverein mit den Prinzipien der Partei nicht vereinbar sei, erklärt, daß sie sich diesem Beschlusse nicht fügen, sondern nach wie vor Mitglied des Bürgervereins bleiben würden. Die Parteiorganisation hat daraufhin beim Parteivorstand beantragt, die genannten Genossen wegen Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei auszuschließen. Zum Vorsitzenden des Schiedsgericht hatte der Parteivorstand den Genossen Ebert-Berlin bestimmt, zu Beisitzern waren von der antragstellenden Organisation die Genossen Bick-Bremen, Haverkamp-Bremerhaven und Fuhrken Vegesack, von den Angeschuldigten die Genossen A. Meyer-Borchshöhe, Schultmeyer und Lange, beide in Vegesack, bestimmt worden. Nach längerer eingehender Verhandlung wurde der Streit durch folgenden Vergleich erledigt: „Die antragstellende Organisation erklärt sich bereit, den Vegesacker Genossen, ebenso wie den Genossen der anderen Distrikte des Vereins, die Schaffung einer Distriktsorganisation zu gestatten. Die Genossen des Distrikts haben das Recht, in den Distriktsversammlungen die Parteiangelegenheiten des Distrikts zu behandeln, insbesondere auch die in ihrem Distrikt stattfindenden Gemeindewahlen zu erörtern und die Kandidaten der Partei zu nominieren, jedoch steht der allgemeinen Mitgliederversammlung des Vereins das Bestätigungsrecht zu. Sollte durch die jetzigen Statuten dieses Verfahren behindert sein, so sollen entsprechende Abänderungen bewirkt werden. Die Angeschuldigten erklären sich unter den vorstehenden Voraussetzungen sämtlich bereit, aus dem Bürgerverein in Vegesack auszutreten und die antragstellende Organisation zieht ihren Antrag auf Ausschließung der Genossen zurück." Das Schiedsgericht betrachtet somit den ganzen Streitfall für erledigt und ersucht die Genossen dringend, nunmehr in gemeinsamer Arbeit ihrer Parteipflicht zu genügen.

Bremen. Folgenschwere Explosion. Sonnabend nachmittag 2 Uhr explodierte in der Nähe des Bahnhofes Soltdiek, einer Haltestelle der Strecke Bremen—Uelzen—Berlin in einer Kalkbrennerei auf unaufgeklärte Weise ein Kessel. Durch die Explosion wurden die Wände des Fabrikgebäudes eingerissen und sieben Arbeiter sehr schwer verletzt.

Huchting bei Bremen. Was doch die Liebe tut. Als Großmutter durchgebrannt ist hier die Frau des Malermeisters Wulfers mit dem Oberinspektor der Norddeutschen Viehversicherung, P. Schuchhardt. Schon seit längerer Zeit unterhielten die beiden ein Verhältnis, aus dem sie am Sonnabend die äußersten Konsequenzen zogen. Mit dem Gesang „So leb' denn wohl, du stilles Haus", verließ Frau Wulfers Familie, Haus und Hof und Heimatsdorf. Ob diese Frau, die, wie man sagt, von ihrem Manne geradezu auf den Händen getragen wurde und mit ihm in kurzer Zeit die silberne Hochzeit gefeiert hätte, mit dem freiwilligen Tausche auf die Dauer zufrieden ist, wird sie bald genug erleben.

Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung).

Volksvorstellungen. Das Theater soll eine Stätte der Kunst sein und nicht nur der Unterhaltung, sondern auch der Volksbildung dienen. Zu letzterem Zweck sind besonders die sog. Volksvorstellungen geeignet, die dem Publikum für geringes Eintrittsgeld gute Vorstellungen bieten sollen. Daß die im Wilhelm-Theater gebotenen Vorstellungen gut sind, dürfte von niemand bezweifelt werden, aber daß die Wahl der Stücke für die Volksvorstellungen immer eine glückliche zu nennen ist, kann nicht gerade gesagt werden, wenn man beispielsweise in Betracht zieht, daß als letzte Vorstellung zu kleinen Preisen der geistlose französische Schwank „Eine Hochzeitsnacht" in Szene ging, bei dem noch am meisten die Tatsache interessiert, daß sich jemand auf der Bühne die Hose auszieht. Hoffentlich berücksichtigt die Direktion bei den von ihr veranstalteten volkstümlichen Vorstellungen in Zukunft mehr die Klassiker; sie wird sich selbst und dem Publikum damit nur nützen. Ein alter Theaterfreund.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Der Ausstand und die Aussperrung der Lithographen und Steindrucker Deutschlands ist durch eine zwischen dem Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer und der Arbeiterorganisation getroffene Vereinbarung, der die Vertreter aller Ausstands- und Aussperrungsorte zugestimmt haben, beendet. Die Arbeit wird spätestens am Donnerstag wieder aufgenommen werden.

Leipzig. Im hiesigen Haupttelegraphenamt ist ein Brand ausgebrochen. Sämtliche telegraphische Leitungen sind durchgebrannt mit Ausnahme derjenigen nach Halle und Dresden. Die telegraphische Verbindung mit Berlin ist inzwischen wiederhergestellt.

Dresden. Wegen eines an einem 13jährigen Mädchen begangenen Sittlichkeitsverbrechens wurde der praktische Arzt Dr. med. Liebe in Roßlau verhaftet.

Magdeburg. In Schenkenhorst wurde bei einem Brande ein Feuerwehrmann durch stürzende Balken erschlagen.

Nürnberg. Seit Donnerstag ist aus Fürth der Bankier Joel Ichenhäuser verschwunden. Es wurde festgestellt, daß eine halbe Million Depots fehlen. Die Geschäftsräume wurden versiegelt.

Budapest. In der bei Theresiopol gelegenen Ortschaft Ludas wurde der Gendarm Kovacs plötzlich irrsinnig. Er nahm 120 Patronen zu sich, begab sich in der Nacht auf die Landstraße und begann auf jeden dort Kommenden zu schießen. Er schoß nacheinander 7 Personen nieder; vier erlitten tödliche Verletzungen. Die Gendarmerie begann morgens eine Jagd auf Kovacs, der auf die Gendarmen feuerte. Schließlich gelang es aber, den Wahnsinnigen niederzuschießen.

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 46. Heft des 24 Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Eine Seeschlange. — Energie und Wirtschaft. Von Ant. Pannekoek. (Schluß.) — Scheinkapitalisten von Leopold Braun. — Das Hausbesitzerprivileg und das preußische Oberverwaltungsgericht. Von Paul Hirsch. — Jugenderziehung und Jugendorganisation. Von H. Backhaus. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kartonnagenindustrie. Von Ernst Merkel. — Zum Thema Arbeiterbildung. Von Emil Rauch. — Literarische Rundschau: Unter Kunden, Komödianten und wilden Tieren. Von C. Korn. — A. Forel, Sexuelle Ethik. Von Therese Schlesinger-Eckstein. — Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Durch die glückliche Geburt einer gesunden Tochter wurden hocherfreut
Carl Bendfeld und Frau, geb. Tonn.

Todes-Anzeige.
Heute früh 4½ Uhr starb nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann

Otto Koops

im 29. Lebensjahre.
Tief betrauert von mir, seinen Eltern, Schwiegereltern, Geschwistern, Schwager und Schwägerin.
Lübeck, den 14. August 1906.
A. Koops, geb. Schröder.

Heute morgen 10½ Uhr starb nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe **Else** im zarten Alter von 3 Monaten
Tiefbetrauert und schmerzlich vermißt von ihren Eltern, Geschwistern, Verwandten und Bekannten
Lübeck, den 13 August 1906.
J. Schwarz u. Frau, geb. Wilde.

Zu vermieten zum 1. Oktober **eine Zweistubenwohnung**, Küche und Zubehör
Kl. Burgstraße 19.

Nähmaschinen-Reisende
für den Abschluß von Feuerversicherungen sucht gegen besond. Provision und Kostenanteil
General-Agentur Heinr. Krause,
Beckergrube 97.

Gesucht ein kleiner Knecht
16—17 Jahre alt Fackenburger Allee 30 a

Ein fast neuer Kinderwagen
zu verkaufen Warendorpstraße 24, II.

Billig zu verkaufen
ein blauer ausländischer Kater
Fleischhauerstraße 70. II

Billig ein Kanarienvogel und ein Heckbauer zu verkaufen
Pelzerstraße 13 a

Ein guter seidener Regenschirm verloren v. d. Reiferstr. b. u. d. Bahnhof. Abzug. geg. Belohn. Arnimstr. 57.

Stets frisch im Karton und auch ausgewogen empfiehlt bestens
Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marken

Geschäfts-Eröffnung.

Einem hochgeehrten Publikum von Lübeck und Umgegend, sowie allen Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage

im Hause Königstrasse 48a,
(gegenüber dem „General-Anzeiger")

ein

Zigarren-, Tabak- und Zigaretten-Spezial-Geschäft

eröffnet habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch Verkauf nur bester Qualitäten allen Interessenten gerecht zu werden.

Mich Ihnen bestens empfehlend und bittend, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

Hochachtungsvoll
E. J. C. Uffhausen.

Von der internationalen Bibliothek
erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb.	Mk.	2,50
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	„	„	2,50
Bebel, Charles Fourier,	„	„	2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	„	„	1,—
Kautsky, Das Erfurter Programm,	„	„	2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	„	„	2,—
Stepniak, Der russische Bauer,	„	„	2,50
Mehring, Die Lessing-Legende,	„	„	3,50
H Lux, E. Cabet und der ikarische Kommunismus	„	„	2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	„	„	3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	„	„	3,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Gesucht zu sofort eine Plätterin auf Oberhemden und feine Wäsche für ganze Woche.
F. Jodeit, Peterstraße 2 b

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Ausnahmsweise Mittwoch:
Billig Ziegenfleisch Billig
fettes Kalbfleisch billig.
Markthallenstand 34.

Konsumverein
für Stockelsdorf u. Umg.
E. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung
am Donnerstag den 16. August
abends 8½ Uhr
bei Herrn Paetau, Fackenburger

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Revisionsbericht des Verbandsrevisors.
4. Genehmigung des Entwurfs der Sterbekasse
5. Wahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern.

Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 15. d. M.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52

Tages-Ordnung:
1. Bericht und Abrechnung der Bibliothek-Kommission
2. Abrechnung vom Sommerfest.
3. Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes
4. Verschiedenes.

NB. Die Bibliothek ist wieder an den Versammlungsabenden, sowie jeden Sonnabend von 8—9 Uhr geöffnet.

Die Ortsverwaltung.

Wilhelm-Theater.
Mittwoch den 15. August. 8 Uhr.
Benefiz für Josef Kron.
Abschieds-Gastspiel Luise Deloséa.
Einmalige Aufführung von
Alt-Heidelberg.
Käthie — — — — Luise Deloséa
Karl Heinz — — — Josef Kron.
Donnerstag: Zum letzten Male.
Sherlok Holmes.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich am **Sonntag den 12. d. M.**

Roeckstraße 18
ein Restaurant

verbunden mit **Doppelkegelbahn und Klubzimmer**, sowie **Gartenrestaurant** (direkt an der Wakenitz gelegen) unter dem Namen

„Zum Zapfenkrug"

eröffnet habe.
Es wird mein Bestreben sein, mir durch Verabfolgung guter Speisen und Getränke die Gunst des Publikums zu erwerben und bitte um geneigten Zuspruch
Hochachtungsvoll
J. H. Wiese.

Hiesige und fremde Biere, ff. Weine.

Vom diesjährigen Gewerkschaftsfeste
sind verschiedene gutgelungene
photographische Aufnahmen
angefertigt und den Teilnehmern als Zimmerschmuck zu empfehlen
Preis pro Bild: Mk. 1 20.
Bestellungen nimmt entgegen die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
sowie deren Kolporteure.

Gewerkschafts-Fest Schwartau
1906.

Ausflug mit Musik nach dem Riesebusch
am Sonntag den 19. August.

Die einzelnen Vereine versammeln sich in ihren Vereinslokalen. Treffpunkt: 2 Uhr nachmittags im **Gasthof „Transvaal"**.
Auf dem Festplatze: **Gesangsvorträge, Festrede, turnerische Aufführungen, sowie Belustigungen aller Art.**
Preis der Karte: 30 Pfg.
Die auswärtigen Gewerkschaften und Vereine sind hiermit freundlichst eingeladen.
Das Komitee.

Hansa-Theater.
Ab Donnerstag, den 16. August und folgende Tage:
I. grosse internationale
Ringkampf-Konkurrenz
um den grossen Preis von Lübeck
3000 Mark.

Folgende Ringkämpfer haben bereits ihre bestimmte Teilnahme zugesagt: **Axel Kroock**, Champion von Schweden, **Max Gebhardt**, Meisterringer von Berlin, **Heinrich Winzer**, bester Ringer von Hamburg, **Karl Saft**, Meisterringer von Schlesien, **Ali Oglui**, Turkestan, **Paul Moldt**, Stettin, **Victor Manzart**, Champion von Frankreich, **Hermann Dangers**, Meisterringer von Hamburg, **Franz Hißmann**, Westfalen, **Alwin Kutschke**, Meisterringer von Sachsen, **Matuschenko**, Meisterringer von Montenegro, **Paul Johansen**, Dänemark, **Ludwig Grammer**, Baiern, **Adolf Dittruh**, Wien.

Gerungen wird nach den Regeln des griechisch römischen Ringkampfes Diejenigen Ringer, welche 4 Niederlagen erlitten haben, scheiden aus der Konkurrenz aus. Es steht allen Amateuren und starken Männern von Lübeck frei, sich an dieser Konkurrenz zu beteiligen. Die fachmännische Ueberwachung der Kämpfe liegt in den Händen des Herrn **H. Metzner**, welcher ebenfalls als Obmann des Schiedsgerichts fungiert, dem mehrere hiesige Sportsfreunde angehören.

Dazu das grossartige Spezial-Programm:

Lucy Verdier
Instrumental-Virtuosin.
Les Arlys
Jockey-Akt in der Luft.
Ludwig Grammer
Der bairische Herkules.
Anfang 8 Uhr.

The Honeysuckle Company
Amerik. Club Jugglers.
Alois Poeschl
Humorist u. Imitator.
Hansi Fourné
Wiener Soubrette.
Hella Bernitt
Excentric-Tänzerin.
Anfang 8 Uhr.

Preise der Plätze: Loge u. Fauteuil 3 Mk., Sperrsitz 2 Mk., Parkett u. Seitenparkett 1,50 Mk., Parterre, Seitenparterre u. Mittelbalkon 1 Mk., I. Balkon 80 Pfg., II. Balkon 60 Pfg., Gallerie 40 Pfg.

Vorverkauf in **Sagers Zigarrengeschäft** und 11—1 Uhr an der Theaterkasse.

Infolge der enormen Unkosten, die das Arrangement der großen intern. **Ringkampf-Konkurrenz** und der **Spezialitäten-Vorstellung** verursachen, bin ich gezwungen, die üblichen Wintereintrittspreise zu erheben und hoffe ich, daß das geehrte Publikum mich durch recht zahlreichen Besuch unterstützen wird.

Hochachtungsvoll
Fritz Rittscher.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 188 — Mittwoch, den 15. August 1906. — 13. Jahrgang.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

(Fortsetzung.)

Von der Berechnung des Prozentverhältnisses der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Berufsangehörigen müssen wir Abstand nehmen. Schon in früheren Jahren wurde darauf hingewiesen, daß die Zahlen der Berufsstatistik vom Jahre 1895 heute nicht mehr Geltung haben können. Es fehlt jeder Anhaltspunkt dafür, um abzuschätzen, in welchem Maße sich die Arbeiterschaft der einzelnen Berufe und die industrielle Arbeiterschaft überhaupt seit dem Jahre 1895 vermehrt hat. Von Jahr zu Jahr wurden die Resultate der Berechnungen, die auf Grund der Ergebnisse der Gewerbezählung von 1895 gemacht wurden, unzuverlässiger. Man hätte sich schließlich trotz aller Mängel damit abfinden können, die Ziffern ein Jahrzehnt lang zu verwerten. Nun hat aber nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen war, eine Berufs- und Gewerbezählung im Jahre 1905 stattgefunden, sondern sie soll erst im Jahre 1907 vorgenommen werden. Die ersten Resultate werden günstigenfalls im Jahre 1908 vorliegen und werden wir bis dahin davon absehen müssen, festzustellen, in welchem Verhältnis die Zahl der Organisierten zu den Berufsangehörigen steht.

Wenn wir trotzdem die Gesamtziffer der organisationsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Zahl der Organisierten in Vergleich stellen, so deshalb, um zu zeigen, daß die Gewerkschaften trotz der gewaltigen Mitgliederzunahme in den letzten Jahren und trotzdem sie die vor einem Jahrzehnt kaum für möglich gehaltene Mitgliederziffer von fast 1½ Millionen erreicht haben, noch weit davon entfernt sind, die gesamte oder auch nur einen größeren Teil der Arbeiterschaft in sich vereinigt zu haben. Nach den auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezählung angestellten Berechnungen ergab sich, daß im Jahre 1895 als organisationsfähig gelten konnten 5 145 700 Arbeiter und Arbeiterinnen. Davon gehören den gewerkschaftlichen Zentralverbänden gegenwärtig an 1 344 803 gleich 26,1 Proz. Nun ist sicher eine wesentliche Erhöhung der Zahl der industriellen Arbeiter seit dem Jahre 1895 zu verzeichnen, so daß gesagt werden muß, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände heute noch nicht den vierten Teil der industriellen Arbeiterschaft umfassen. Wenn auch dadurch, daß die Gewerkschaften sich auf bestimmte Gebiete konzentrieren, die Aktionskraft erhöht wird und tatsächlich unsere Organisationen sich einen Einfluß im Wirtschaftsleben gesichert haben und dieser Einfluß auch von den Gegnern der Arbeiterbewegung anerkannt wird, so zeigt der vorstehende Vergleich doch deutlich, daß noch viel Mühe und Opfer erforderlich sind, um die Massen der indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen für die Gewerkschaften zu gewinnen. Wir lassen uns die Freude und die Genugtuung über die im letzten Jahrzehnt gemachten Fortschritte nicht schmälern, haben aber nicht die geringste Ursache, mit dem gegenwärtigen Stand der Bewegung zufrieden zu sein. Ueber unsere Kraft dürfen wir uns nicht selbst täuschen. Daß es aber, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, mit unseren Gewerkschaften in so gewaltiger Weise vorwärts gekommen ist, muß uns ein Ansporn sein, noch energischer als bisher für die Ausbreitung unserer Organisationen zu sorgen in der festen Zuversicht, daß es uns gelingen wird und gelingen muß, die heute noch Fernstehenden für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Zentralverbände betrug im Jahresdurchschnitt 1905 in 34 Verbänden 74 411 gegenüber 48 604 im Durchschnitt des Jahres 1904. Das macht, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß in 3 Organisationen ein Verlust von 13 Mitgliedern im letzten Jahre eingetreten ist, eine Zunahme von 25 807 oder 53,1 Proz. Im Jahre 1892 waren nur 4355 weibliche Mitglieder in den Verbänden. Im Jahre 1900 stieg die Zahl auf 22 844. Von 1900 bis 1904 ist eine Zunahme an weiblichen Mitgliedern von 51 567 oder 225,8 Proz. zu verzeichnen, während in dem gleichen Zeitraum die Zahl der männlichen Mitglieder von 657 583 auf 1 270 392, also um 612 809 oder um 93,3 Proz. stieg. Im Jahre 1905 erhöhte sich die Zahl der männlichen Mitglieder von 1 003 504 auf 1 270 392, also um 266 888 oder 26,5 Proz. Prozentual ist somit die Zunahme der weiblichen Mitglieder erheblich größer, als die der männlichen. Es hatten im Durchschnitt des Jahres 1905 eine Zunahme an weiblichen Mitgliedern: Textilarbeiter 7472, Metallarbeiter 3758, Tabakarbeiter 3661, Wäscherarbeiter 1908, Buchdruckereihilfsarbeiter 1681, Schneider 1013, Fabrikarbeiter 915, Konditoren 802, Buchbinder 736, Handlungsgehilfen 655, Holzarbeiter 636, Porzellanarbeiter 414, Hutmacher 398, Handels- und Transportarbeiter 372, Schuhmacher 276, Glasarbeiter 231, Portefeuiller 212, Gemeindearbeiter 209, Sattler 82, Zigarrensortierer 81, Brauereiarbeiter 71, Tapezierer 58, Gastwirtsgehilfen 39, Bäcker 31, Maler 29, Blumenarbeiter 17, Handschuhmacher 13, Lederarbeiter 12, Lagerhalter 8 und Kürschner 6. Der Verband der Schirmmacher, der im Berichtsjahre sich der Generalkommission anschloß, zählte 24 weibliche Mitglieder. Von den 74 411 weiblichen Mitgliedern waren im Verband der: Textilarbeiter 20 598, Tabakarbeiter 11 422, Metallarbeiter 9097, Buchbinder 6261, Fabrikarbeiter 5836, Buchdruckereihilfsarbeiter 3773, Schuhmacher 3092, Wäscherarbeiter 2442, Handlungsgehilfen 2372, Schneider 2085, Konditoren 1307, Holzarbeiter 1205, Handels- und Transportarbeiter 1070, Hutmacher 873, Porzellanarbeiter 775, Gemeindearbeiter 406, Portefeuiller 299, Glasarbeiter 249, Kürschner 221, Zigarrensortierer 206, Sattler 150, Brauereiarbeiter 133, Blumenarbeiter 115, Tapezierer 90, Vergolder 71, Handschuhmacher 48, Gastwirtsgehilfen 41, Maler 41, Lagerhalter 35, Bäcker 31, Bureauangestellte 27, Schirmmacher 24, Lederarbeiter 12 und Fischer 3.

Im 4. Quartal 1905 betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder 89 431. Es war also im Laufe des Jahres eine weitere Zunahme zu verzeichnen und gewinnt es den Anschein, als wenn auch in dem weiblichen Mitgliederbestand eine gewisse Stabilität eingetreten ist. Wie die Entwicklung der Organisationen in den Berufen, in welchen die Organisationsfähigkeit eine größere ist auf die Berufe einwirkt, die infolge überlanger Arbeitszeit und niedriger Löhne, oder weil die Berufsangehörigen vereinzelt arbeiten und ihnen der natürliche Zusammenhang fehlt, als schwer zu organisieren gelten müssen, so wirkt auch die Vermehrung und die erhöhte Stabilität des Bestandes der männlichen Mitglieder auf die schwieriger zu organisierenden Arbeiterinnen ein. Es ist aber Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, es nicht bei diesem in gewisser Beziehung selbstwirkenden Umstand zu belassen, sondern sie müssen dieses selbsttätige Wirken durch energische Agitation unterstützen, wobei das von der Generalkommission eingerichtete Arbeiterinnensekretariat stets Hilfe und Unterstützung leihen wird. Mehr noch als bei der Organisierung der männlichen Arbeiter ist es bei dem Heranziehen der Arbeiterinnen zur Organisation in der Zukunft zu tun. Legen wir die erwähnten Ziffern der Gewerbezählung von 1895 zugrunde, so ergibt sich, daß die 74 411 weiblichen Gewerkschaftsmitglieder nur 7,9 Proz. der organisationsfähigen weiblichen Arbeiterschaft ausmachen. Ein lächerlich geringer Prozentsatz, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter sich seit dem Jahre 1895 prozentual sicher erheblich mehr gesteigert hat, als die der männlichen. Ein gewaltiges Stück Agitationsarbeit ist hier von den Gewerkschaften noch zu leisten. (Fortsetzung folgt.)

Kommunales und Vermischtes.

Wozu Soldaten gut sind. Der Stettiner „Volksbote" berichtet aus Stralsund: Am Sonnabend, 4. August, wurde für die Firma Seitz u. Kindt hierselbst ein Bretterdampfer von Soldaten gelöscht. Das Löschen des Dampfers war an einen Unternehmer vergeben und weil er keine 48 Pfg. Stundenlohn zahlen wollte, konnte er nicht genügend Arbeiter erhalten und verschaffte sich Soldaten. Ein Arbeiter jedoch ging zum Obersten und letzterer ordnete sofort die Einstellung der Arbeit an.

Wenn der Staatsanwalt nicht will . . . Aus Velbert berichtet die Elberfelder „Freie Presse": Drei Former legten formgerecht in der Fabrik Bergische Eisengießerei die Arbeit nieder und hatten in der Velberter Schlüsselfabrik Arbeit angenommen. Als dieselben dort anfangen wollten, wurde ihnen angedeutet, sie nicht einstellen zu dürfen, es wäre dies ein Beschluß des Fabrikantenvereins. Man versicherte diesen drei Formern, sie herzlich gern einstellen zu wollen, jedoch ständen sie unter dem Druck des Fabrikantenvereins. Auf diese Erklärung hin wurde Klage gegen letztere Firma beim Gewerbegericht angestrengt. Die Firma wurde gezwungen, für zwei Wochen im ganzen 60 Mk. für jeden Former zu zahlen. Ebenfalls wurde Anzeige bei der Elberfelder Staatsanwaltschaft gegen die Firma Bergische Eisengießerei und Metallwarenfabrik (früher Grey) und gegen den Velberter Fabrikantenverein wegen Vergehen gegen §§ 240, 253 des Str. G.-B., Erpressung und Nötigung, und §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung gemacht. Wer nun glaubte, gegen die Firma wie den Fabrikantenverein wäre die öffentliche Anklage erhoben worden, dem ist nicht zu helfen. Das Strafverfahren wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Folgender wörtlicher Bescheid ging am 16 Juni den Klagestellern zu:

> Das auf Ihre am 24 April 1906 hier eingegangene Anzeige eingeleitete Strafverfahren habe ich eingestellt. Nach den angestellten Ermittlungen liegt weder ein Vergehen gegen § 240 oder § 253 des Strafgesetzbuches noch ein Vergehen an §§ 152, 153 der Gewerbeordnung vor.
>
> Der Velberter Fabrikantenverein hatte lediglich einen Beschluß dahin gefaßt, daß Former und Gießer anderer Betriebe bis auf weiteres nicht einzustellen seien, und zwar hatte dieser Beschluß nur den Zweck, einen häufigen Arbeiterwechsel zu beseitigen. In dem obigen Beschluß ist aber weder eine Drohung noch ein sonstiges Nötigungsmittel zu erblicken, eine strafbare Handlung liegt somit vor. J. A.: . . . . . .

Wir meinen aber doch, daß hier ein Vergehen vorliegt, denn der § 253 des Strafgesetzbuches, das doch auch für Unternehmer gilt, besagt klar und deutlich:

> Wer, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist wegen Erpressung nicht unter einem Monat zu bestrafen. Der Versuch ist strafbar.

Der Velberter Fabrikantenverein hat nach des Staatsanwalt eigenen Angaben den Beschluß gefaßt, Arbeiter anderer Betriebe nicht einzustellen zu dem ausgesprochenen Zweck einen angeblich häufigen Arbeiterwechsel zu beseitigen. Das ist gesetzlich ganz und gar unzulässig, verstößt gegen die guten Sitten und bedeutet nach § 252 eine blanke Erpressung. Wie die „Freie Presse" mitteilt, soll gegen den staatsanwaltlichen Bescheid Beschwerde erhoben werden. Wir hoffen, daß dies auch wirklich geschieht, damit endlich einmal festgestellt werden kann, ob Unternehmer ungestraft Erpressung begehen dürfen, während man gegen organisierte Arbeiter wegen der harmlosesten Dinge (man denke nur an die kürzlich erfolgten Verurteilungen des Gewerkschaftssekretärs Staudinger in Leipzig) den Erpressungsparagraphen mit voller Wucht anwendet.

Versammlungsverbot in Schwarzburg-Sondershausen. Aus Großbreitenbach teilt die Erfurter „Tribüne" mit: Am Freitag wurde der Genosse Sauerbrey auf das hiesige Magistratsbureau geladen, wo ihm

---

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(4. Fortsetzung.)

Die Heiterethei schoß aus allen Kräften, der Holders-Fritz stemmte sich ebenso dagegen. Die Anstrengung trieb ihnen das Blut ins Gesicht und beschleunigte die Eile, mit welcher der Ausdruck ihrer Züge, die ganze Tonleiter durchlief vom neckischen Mutwillen durch Spott und Hohn bis zum aufflammenden Zorn. Die Heiterethei ließ die Deichsel des Karrens auf den Boden nieder, daß die geladenen Eisenstäbe klirrend zusammenschlugen. Wieder hoch aufschnellend wie eine Stahlklinge, bog sie sich drohend über das Fahrwerk und sagte, Gesicht fast an Gesicht: „Willst du was?"

Der Jubel der Gesellen gab dem Fritz seine Ruhe wieder. Er nahm sich vor, dem Mädle seine ganze Ueberlegenheit zu zeigen. Bei jeder der Reden, die nun Schlag auf Schlag einander folgten, wuchs der Jubel der Zuhörer und die Beeiferung der Redner.

„Hast du denn, was ich will?"

„Nein! Denn was Gescheit's ist's nicht, was du willst."

„Freilich; eine Frau, und das ist nichts Gescheit's."

„Glaub's wohl, daß du eine Frau willst; aber daß dich eine will, schon lange nicht."

„Und hätt's mich selber gern, wenn ich dich nur möcht. Aber ich will eine andere, eine Schöne und Reiche. Weißt du keine? Kommst doch weit herum."

„Nicht so weit, wo sie dich nicht kennten."

„So brauchst mich nicht erst zu loben."

„Ja doch, und auch nicht mich auslachen zu lassen. Du bist der Einzig', der nicht lacht, wenn eins dich lobt. Dafür lachen die selber hinter dein'm Rücken, die dich loben, daß du's hörst. Frag nur die da. Und so ist's, und nu ist's fertig, und du läßt mich gutwillig vorbei, oder du kannst noch zu hören kriegen, was die da nicht sagen, wenn du dabei bist."

„Ja, so hat noch allemal der gesagt, der nichts hat gewußt. Wenn du was weißt, so sag mir's doch. Weil ich keine Frau hab, die mir predigt. Tu mir 'mal zum Spaß, als wärst du meine Frau; du wärst's halt doch zu gern!"

„Du denkst, weil ich arm bin, kannst du über mich spotten? Wenn du mich doch zur Frau hätt'st, du könnt'st vielleicht noch einer werden und liefst nicht mit solcher Brut herum, die noch die Eischalen am Schnabel hängen hat. Du denkst, dich möcht ich, dich? Und wenn du einen Rock anhätt'st aus lauter Talern, und an jed's Haar wär ein Dukaten gelöthet, dich möcht ich nicht. Der ärmst' Bettelmann wär mir lieber a's du, wenn ich einen möcht. Aber ich mag kein keinen. Und was bist denn du? Allen Gelbschnäbeln ihr Schulmeister, wo sie lernen, was nix taugt! Ja, wenn du das noch wärst. Aber ihr Gockelmann bist du, der Hexen macht, wenn sie am Faden ziehn, wie sie wollen. Uns denkst noch Wunder, was du bist mit deinen Krägelen und deinen Bummelquasten da. Du denkst, dem Herrenmüller sein Spitz, das ist nur ein Hund. O, der ist noch ein ganzer Kerl gegen dich, wenn er auch keine Krägele hat und keine Quasten. Der macht auch, was sein Herr will, aber er hat doch nur einen. Aber du hast so viele Herren, als Nixtonger sind im Städtle. Wenn einer sagt: Schön, Holders Fritz, apport! gib mir dein Kappen, so gibst du sie; bezahl mir mein Bier, so bezahlst du's: das ist ein starker Holders-Fritz! so machst du größre Sprüng', wie der Spitz, wenn's heißt: das ist ein geschickter Hund! Und denkst den ganzen Tag nix, als was für eine Dummheit du wieder machen sollst, damit die da dich loben. Denn um was Gescheit's loben dich die da nicht, und von vernünftigen Menschen willst du nicht gelobt sein. Du denkst: wär das ein Unglück, wenn's hieß: Was der Holder für ein ansehnlicher Mann ist! er ist der ordentlichst' Mann und der tüchtigst' Meister in der Stadt: wer was gescheit anfangen will, muß den Meister Holder fragen. Ja, das wär doch ein Unglück, wenn die da keinen mehr hätten, der ihnen tät, was sie sich schämten, wenn sie's selber sollten tun. Pass' nur auf, wenn ich fort bin, wie's heißen wird: Also fass', Holders Fritz! Mach du nur Augen, wie du willst. Ich fürcht mich schon lang nicht vor denen ihrem Spitz. Und nun lägle los! Ich hab's wie mit Löffeln! Du weißt nun, was für ein Kerl du bist, und so ist's, und nu ist's fertig!"

Und aufgehoben war der Schiebkarren, und vorwärts ging's durch den Knäuel der Bursche hindurch, die fluchend beiseit sprangen, wenn die Wucht des Schiebkarrens ihre Beine traf.

Alle fielen über den Holders Fritz her und begriffen nicht, daß er dem „Lügenmaul" nicht eins versetzte, woran sie lebenslang zu denken hätt'. Er selbst begriff's am wenigsten.

Noch aus der Ferne rief die Heiterethei: „Hetz, Holders-Fritz, hetz!"

Der Holders-Fritz war rot bis unter seine wilden Haare; er schickte dem Mädchen einen Blick nach, vor dem die Bursche erschraken. Der Jubel nahm ein plötzliches Ende. Keiner wagte zu mucken, um nicht etwa das Gewitter, das in dem Holders-Fritz aufgestiegen war, auf sich abzuleiten. Der Holders-Fritz zerbiß die Worte zwischen den Zähnen: „Du Mädle du! Wart, du Mädle du!" Einen Augenblick stand er schweigend, dann fuhr er wie im Trotze auf und schrie mit wilder Lustigkeit: „Heut geh ich nicht heim und morgen auch nicht. Nun soll's erst recht heißen: der wilde Fritz. Heut haben die Zimmerleut' ihren Tanz in der Schwan'. Will sehn, wer mich hinausweis't."

„Nun bist du wieder einer!" schrie der Adams Lieb, und, ein wildes Lied brüllend, zog der ganze Haufe dem „Schwane" zu.

der anwesende Landrat erklärte, daß die gegen die letzten Versammlungsverbote und -Auflösung eingelegten Beschwerden als unbegründet zurückzuweisen seien. Die Versammlung am 21. Juli sei zu Recht wegen der angeblichen „aufreizenden" Sprechweise des Genossen Sauerbrey aufgelöst. Hierauf wurde dem Genossen S. vom Landrat eröffnet, daß jede Versammlung, die S. anmelde, verboten werden würde und jede Versammlung, in welcher S. zu sprechen versuche, aufgelöst würde. . . Wie sich diese Maßregel mit dem Vereins- und Versammlungsrecht deckt, wurde dem Genossen S. leider nicht mitgeteilt.

Fabrikarbeiter-Generalversammlung. Am Freitag wurde die Beratung der Anträge fortgesetzt. Angenommen wurde folgender Antrag: „Zahlstellen im Umkreise von 15 Kilometern, sowie alle, die in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Lohngebiet liegen, haben sich zu einer Verwaltungsstelle, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu verschmelzen. Wird bei der Verschmelzung von einer Seite der Beteiligten Widerspruch erhoben, so hat der Vorstand die endgiltige Entscheidung zu treffen." Auf Antrag der Zahlstelle Bergedorf wurde in Nr. 11 Abs. 4 des Streikreglements der erste und zweite Satz gestrichen. Absatz 5 erhält folgende Fassung: Jedes Mitglied darf nur einen Stimmzettel abgeben. Die Abgabe der Stimmzettel ist in den betreffenden Feldern auf der inneren Deckelseite des Mitgliedsbuches durch Stempelabdruck zu vermerken. Die Wahl des Ersatzmannes ist in einer später anzuberaumenden Wahlversammlung vorzunehmen. Zum Streikreglement wurde beschlossen, daß die Streikunterstützung in allen Orten in gleicher Höhe vom ersten Tage an bezahlt werden soll. Ueber die Landarbeiterorganisation referierte Genossin Zietz. Die Debatte hierüber wurde nicht zu Ende geführt. — Nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen wurde am Sonnabend beschlossen, eine intensive Agitation unter den Landarbeitern einzuleiten.

Der große Breslauer Aufruhrprozeß, dem alle Welt mit Spannung entgegensah, ist in ein Nichts verpufft. Nachdem vor einiger Zeit die Voruntersuchung ihren Abschluß gefunden, ist nun gegen die ermittelten „Täter" die Anklage erhoben worden. Von ca. 125 Personen, gegen die die Voruntersuchung eingeleitet wurde, sind rund 65 außer Verfolgung gesetzt worden. Etwa 55 Angeklagte werden sich nacheinander gegen Ende August vor der Ferienstrafkammer wegen Gewerbevergehen (§ 153) usw. zu verantworten haben. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Pilling, der erst kürzlich von Beuthen (Oberschl.) nach Breslau versetzt worden ist; die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Hänsel. Vor das Schwurgericht kommt nur ein einziger Angeklagter, und zwar der Kaiserdeputierte Vorschmied Hirsch, der seinerzeit auf dem Oberschlesischen Bahnhofe in Breslau die Kaiserrede von der gesicherten Existenz der Arbeiter mit anhörte. Die Geschicklichkeit des Herrn Firle als Untersuchungsrichter hat sich demnach auch in diesem Falle „glänzend bewährt", denn eine große Anzahl von Personen, die lange Wochen die Qualen der Untersuchungshaft über sich ergehen lassen mußten, kommen nicht einmal unter Anklage, und — wie viele der Angeklagten werden freigesprochen werden müssen! Und während alle diese Opfer der Polizeitaten seit April hinter Kerkermauern schmachten mußten, durften die wahren Uebeltäter, d. h. die Breslauer Polizeimannschaften, sich nicht nur der goldenen Freiheit erfreuen, sondern wurden ob ihrer Taten von ihrem höchsten Vorgesetzten feierlich belobt!

Die „Einigkeit" bringt in ihrer neuesten Nummer folgende Erklärung: Infolge der Beschwerde des Vorstandes des Vereins der Zimmerer Berlins über die Aufnahme des A. K.-Artikels in der Nr. 28 der „Einigkeit" und der in der Generalversammlung dieses Vereins am 22. Juli dieses Jahres angenommenen Resolution (Nr. 30 der „Einigkeit") trat die Kommission in die Prüfung dieser Beschwerde ein und legte sich folgende zwei Fragen vor: 1. Wird durch den A. K.-Artikel die Agitation und Ausbreitung der der Freien Vereinigung angeschlossenen Organisationen behindert und erschwert? 2. Verstößt der Inhalt dieses Artikels gegen die Kongreßbeschlüsse und das Fühlen und Denken der Mitglieder der Freien Vereinigung? Zu 1 ist die Kommission der Ansicht, daß in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, unter denen die Agitation zu betreiben ist, es mindestens eine taktische Unklugheit war, den Artikel in dieser Zeit der Hetze gegen die Mitglieder der Freien Vereinigung zu veröffentlichen. Wenn auch nach unserer Auffassung die freie Meinungsäußerung des einzelnen nicht unterdrückt werden soll, so hat diese aber doch der Allgemeinansicht Rechnung zu tragen. Das Organ der Freien Vereinigung kann nicht der Tummelplatz für Ansichten einzelner Personen sein, sondern hat die Ansichten und Anschauungen der Allgemeinheit zu vertreten und zu verteidigen. Zu 2: Das Programm der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften sagt in seinem entscheidenden Teil: „wenn der wirtschaftliche und politische Kampf mit Erfolg und Nachdruck von den Arbeitern geführt werden soll, daß er als Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus geführt wird." In diesem grundlegenden Teil ist ausdrücklich ausgesprochen, daß auch der politische Kampf geführt werden soll. Und der kann nur geführt werden im Anschluß und mit der sozialdemokratischen Partei, weil diese die einzige Partei ist, welche die Arbeiter auf politischem Gebiet vertritt. Wenn nun A. K. ausruft: „Los von jenen Heuchlern und politischen Drahtziehern, die eure Leiden immer mehr in die Länge zu ziehen gewillt sind. An die Arbeit, eine neue unabhängige proletarische Arbeiterbewegung Deutschlands in die Wege geleitet; nicht von innen heraus wird es euch gelingen, jenem Intriguen- und Vertuschungswesen mit Erfolg zu begegnen. Emanzipiert euch von dem Alten, mag der Schmerz beim einzelnen noch so tief empfunden werden. Die Sache erfordert im gegebenen Augenblick ganze Männer und ganze Arbeit", so ist hiermit zweifellos gemeint, von der sozialdemokratischen Partei sich loszulösen, was jedenfalls im Widerspruch mit dem Programm sowie der Begründung desselben steht. Die Preßkommission ist daher der Ansicht, daß die Redaktion dem A. K.-Artikel die Aufnahme in der „Einigkeit" zu verweigern hatte. Um derartige Fälle in Zukunft zu vermeiden, hat die Preßkommission in Gemeinschaft mit der Redaktion entsprechende Vorkehrungen getroffen. Die Preßkommission. J. A.: A. Jeppenplatz. — Die Redaktion der „Einigkeit" bemerkt, daß sie sich vorbehalte, ihrer Meinung später Ausdruck zu verleihen.

Sozialistische Schule in New York. Die Rand-Schule für Sozialwissenschaft, eine reiche Stiftung der verstorbenen Genossin Carrie A. Rand, New York, kündigt an, daß alle Vorbereitungen beendet seien und am 1. Oktober die Lehrtätigkeit beginnen werde. Die Rand-Schule bietet zu mäßigen Bedingungen eine Reihe von Vorlesungen und Studienkursen in sozialer und politischer Wissenschaft vom Standpunkt des Sozialismus aus. Die Vortragenden wurden aus verschiedenen Gebieten gewählt. Einige sind hochangesehene Lehrer an bestbekannten Erziehungsanstalten, andere wieder sind erprobte Mitglieder der „Socialist Party", alle aber sind durchaus fähig, die speziellen Gegenstände zu behandeln, die ihnen zugeteilt wurden. Die Vorlesungen und Lektionen werden in 3 Gruppen eingeteilt werden. Erstens: „Systematische Kurse mit persönlicher Unterstützung von Lehrern, Gebrauch von Textbüchern, Prüfungen und anderen elementarischen Methoden. Zweitens: Vortrags-Konferenzkurse mit Gelegenheit, an die Vortragenden Fragen zu stellen und drittens: Formelle Vorlesungen. Für jeden der systematischen Kurse von 25 Lektionen werden 5 Dollar berechnet, für alle Kurse oder den größten Teil derselben nach Auswahl 20 Dollar; Parteimitgliedern werden besonders billige Raten zugestanden.

Aus Nah und Fern.

„Zwei dunkle Augen . . . ." Einem schlimmen Zauber ist kürzlich in Cottbus ein offenbar für weibliche Reize nicht unzugänglicher Postbeamter zum Opfer gefallen. Ein hübsches junges Zigeunermädel trat an den Schalter und bat schmeichelnd den Beamten, ihr doch ein Zehnmarkstück mit dem Münzzeichen B einzutauschen, da sie eines solchen beim Wahrsagen benötige. Der Beamte breitete zuvorkommend eine ganze Reihe der Münzen aus und ließ das schöne Kind der Puszta darunter aussuchen, ebenso machte er es dann mit Zwanzigmarkstücken. Als er den Vorgang später einem älteren Kollegen mitteilte, empfahl ihm dieser, Kasse zu machen. Und siehe — es fehlten einhundert Mark!

Bamberg. In Schwarzenbach am Wald erfolgte in einem Steinbruch ein Erdsturz; drei Steinbrucharbeiter, die Schutz vor dem Unwetter suchten, wurden getötet und schrecklich verstümmelt. Zwei von ihnen sind Familienväter.

Eine Gesellschaft erstklassiger Tagediebe. Zur Angelegenheit des bayerischen Leutnants Kurt Müße in Dieuze in Lothringen, in der neben zahlreichen hohen bayerischen Adeligen auch der erst 18jährige Sohn des Herzogs Karl Theodor von Bayern, Herzog Franz Josef, hineingezogen wurde, ist noch folgendes zu berichten: Dieuze, einer kleinen Garnisonstadt an der französischen Grenze, soll eine regelrechte Spielhölle bestanden haben, in der sich eine große Anzahl dort in Garnison stehender „Kavaliere" des „Hochadels" nicht nur Bayerns, sondern auch Oesterreichs, Preußens und ferner reiche bürgerliche Kauf- und Sportsleute zusammengefunden haben soll. Es wird auch behauptet, daß sich die Herren nicht nur an den Spielen, sondern auch an interessanten Bällen in dekolletierten Kostümen beteiligten und dabei von Wucherern und Künstlerinnen gerupft wurden. Es kommen dafür Offiziere, „Kavaliere" und Wucherer aus München, Metz, Straßburg, Würzburg usw. in Betracht, und die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß Müße und Konsorten mit „Bank" auch auf Reisen gingen, um in Hotels spielluftige Kavaliere um sich zu scharen. Es galten Einsätze in bar und in Wechsel. Zweimal wurden zwei „Künstlerinnen", welche die Geliebten von zwei Kavalieren waren, ausgespielt. Sie gingen damals mit Aufzählung in anderer Hände über. Leutnant Müße bezahlte die Gunst einer „Künstlerin" mit einem Wechsel und schlug gleich die Zinsen zu der Schuld. Die eine Diva war zuerst die Geliebte eines Konsuls in München. Der Konsul trat sie an einem Abend, nachdem Graf Preysing an ihr Gefallen fand, nach großen Verlusten an den Grafen ab. Graf Preysing zahlte der Dame, nachdem er ihrer müde geworden, eine Abfindungssumme. In der Folge wurde Graf Preysing von Müße veranlaßt, sich an einem toskanischen Quecksilberbergwerk zu beteiligen, und das Fehlschlagen der darauf gesetzten Hoffnungen soll Graf Preysing zu dem bekannten Selbstmordversuch getrieben haben. Vor kurzem wurde nun auf Antrag des Kommandeurs des 3. Chevauleger-Regiments in Dieuze Leutnant Müße in der Münchener Kuranstalt „Neuwittelsbach" verhaftet; er war nach München gekommen, um sich einer Operation zu unterziehen. Die Veranlassung zu der Verhaftung sollten betrügerische Handlungen Müßes gegeben haben, namentlich Wechselfälschungen, wobei auch der Name des in demselben Regiment stehenden Herzogs Franz Josef eine Rolle spielen sollte. Die Untersuchung gegen M. ist aber insoweit niedergeschlagen worden, als nicht mehr Fälschungen von Unterschriften auf Wechseln oder des Textes von Wechselurkunden, sondern nur die angebliche vertragswidrige Erhöhung von Wechselsummen bei in blanko akzeptierten Wechseln, also sogenannter Blankettmißbrauch, angenommen wird. Das ganze Strafverfahren ist jetzt nach München übergeleitet worden, wo sich die hauptsächlichsten Transaktionen in der Affäre abgespielt haben, und wo nun auch die gerichtliche Verhandlung der ganzen Sache erfolgen wird. Diese liegt allerdings noch in weiter Ferne, weil zunächst der über das Vermögen des Leutnants verhängte Konkurs zu Ende gebracht sein muß. Und hierbei kommt wieder in Betracht, daß neben zahlreichen Wucherern usw. von denen die Konkursverwaltung etwas zu fordern hat, auch die bisherige Diva des Münchener Ueberbrettls, Marie Irber, als Geliebte des Leutnants Müße in Frage kommt, die aber inzwischen München verlassen hat. Es wird also noch viel Wasser die Isar herabfließen, ehe man von der ganzen Affäre wieder etwas neues hören wird. Vielleicht werden sich bis dahin auch manche der in die Affäre verwickelten „Edelsten der Nation" einer „Luftveränderung" unterzogen haben.

Bozen. Von der Marmolata sind zwei Hochtouristen mit ihren Führern abgestürzt. Ein Führer und ein Tourist sind tot, die beiden andern sind schwer verletzt.

Hongkong. Ein englisches Dampfboot wurde in der Nähe von Wuchow von Seeräubern überfallen. Ein Mann wurde getötet. Drei Mann wurden verwundet. Die Räuber entkamen mit 500 Taels und einer Kiste Opium.

Lübecker Marktpreise vom 11. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30, Hasen Stck. — Mk., Enten 2,80—3,20 Mk., Hühner Stck. 2,10 Mk., Küken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 1,25 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 8 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,80 Mk. Aepfel, beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. —,— Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Blumenkohl, d. Kopf 30—50 Pfg., Kirschen, Pfd. 35 Pfg., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, Kiste 3,50 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 6,— Mk.,

---

Der alte Benediktus — nur Diktus genannt — blieb vor einem Häuschen stehen, nahm das Nachtwächterhorn an die Lippen und blies gerade nach dem Häuschen zu den schönsten Tor, der darin war.

Ob ihm das Häuschen so gefiel, daß er beim Tuten und Stundenrufen allemal nach ihm hinsah?

Hübsch genug sah er aus, zumal, wenn, wie eben heute, der Mond darauf schien, — am hübschesten aber, wenn der große Holunderbusch, der das Häuschen unter seinem Arm hatte wie einen Hut, oder unter seinem Flügel wie ein Küchlein, zugleich in voller Blüte stand. Und den Grasmücken und Finken ging es bei Tage wie bei dem alten Diktes bei Nacht. Der alte Holunder hatte keinen geraden Wipfel mehr, so oft hatten die kleinen Tagediebe singend sich darauf geschaukelt. Das schmale Weglein, das vom Schloßberge jäh genug herabkommt, tut auf der kleinen Wiese dabei, als mußt' es vor jedem Büschchen wieder ein Stückchen umkehren. Man sieht, ihm ist's nur darum, nicht zu schnell vorbeizukommen, und kaum zwei Schritte unter dem Häuschen, da wird's gar aus mit ihm vor Vergnügen, da hört's ganz auf.

Und just da ist's wo am Zehntbach hin die herrlichsten Tuten und Pfeifen wachsen in der ganzen Gegend, so viel Weiden auch dem Bache entgegengehen oder ihm das Geleite geben von hier hinauf und hinab in das weite Tal. Da hat der Türmer noch das Glockenseil vom Dreibrotläuten in der Hand, und schon füllt Kindergejubel das ganze Weidengebüsch. Da wird das blaue Bächlein ganz rosig vom Wiederschein der badenden Kinderleiber vom Häuschen an bis zur Lücke im Busch, wo man, wenn heiterer Himmel ist, den Reicher Kirchtum sehen kann. Jetzt im Mondenschein sieht man kaum die Walkmühle und das Drescherhäuschen. Und zu hören ist nichts, als des alten Diktes Nachtwächterhorn und Stundenruf und ein leises Lüftchen talherauf, kaum ein fernes Hundegebell und, wenn die Luft etwas stärker weht, vorübergehend das Rauschen vom Walkmüllerwehr. Und jetzt, indem wir davon reden, ein rascher Schritt, der näher kommt und näher, begleitet vom Schleifen eines Schiebkarrenrades im feuchten Gras.

Die Heiterethei hat ihre Last beim Nagelschmied abgeladen und eilt nun ihrem Häuschen zu. Denn hier hat sie das Kind ihrer Schwester unter der Obhut der alten Annemarie zurückgelassen, der für diese Dienstleistung die Oberstube des Häuschens eingeräumt ist. „Und," sagt die Heiterethei im Eilen vor sich hin: „die Annemarie kann's nicht besser meinen, und das Liesle mag sie auch; aber sie wird jeden Tag tappichter, und was kann in so ein sechzehn Stunden nicht alles geschehn!"

Je näher sie kommt, desto leiser wird ihr Tritt. Sie läßt den Schiebkarren vor dem Häuschen nieder, tritt an das kleine Fenster und pocht leise, leise. Das Kind muß nunmehr schlafen, und die Annemarie hört besser, als manches Junge. Und so ists auch. Die Alte erscheint.

„Schläft's? Ist alles gut gegangen?" fragt das Mädchen.

„Alles, nehmt aber das Strümpfle mit 'rein, Dorle, von den roten eins draußen am Staket. Die alte Sannel da, nieden vom Kellerweg, hat's auch gesagt, es muß Stiefmütterlesitze krieg', sonst wächst's noch zu."

Annedorle nahm das Strümpfchen vom Staket, hob leise den Schiebkarren auf den leeren Schweinestall am Häuschen; dann trat sie durch die Haustür, welche die Alte unterdessen aufgeriegelt hatte, unmittelbar in ein Gemach herein, das Wohnstube und Küche zugleich war. Ehe sie noch ein Wort sprach, nahm sie die Lampe vom Ofensims und leuchtete, mit der Hand vorsichtig schirmend, damit kein Lichtstrahl wecke, in die Kammer hinaus über ihr Bett hin, in dessen Mitte die Kleine lag wie ein Rosenknöspchen, auf einem weißen Teller gemalt. Dann setzte sie sich der Alten gegenüber, die den Sitz auf der Ofenbank eingenommen, auf den einzigen Stuhl.

Die Alte tat Bericht, wie es mit dem Kinde gegangen; es seien wieder zwei vordere Backzähne im Begriffe, bei ihr hervorzubrechen.

„Dacht's wohl", sagte die Heiterethei, „es hat nächtens wieder so gehust't. Aber sonst ist's doch recht?"

„Na, ich weiß net, was für eins das ist. Kriegt die Zähn' wie auf einmal und lernt auch noch laufen dabei; andere schweißt's immerfort zurück. Aber der Diktes hat schon Zehne gehört. Die Hölzle stehn hinterm Ofen. Gut Nacht, Bäs' Dorle, schlaft wohl."

Das Dorle leuchtet ihr die enge Treppe hinauf, oben scheint der Mond zu dem kleinen Fenster herein. Unten wirft er helle Flecken auf den Boden und an Treppe und Wand. Dorle sieht, die Löcher in der Lehmwand, durch die der Mond so ungeniert hereinschaut, sind wieder größer geworden. War auch ein Regen das! sagt sie, geht in ihr Stübchen zurück und sitzt wohl noch eine Viertelstunde in Gedanken, darunter schwere Hauswirtssorgen, auf dem Stuhle. Das Häuschen, so schön es aussah, war schrecklich baufällig; vielleicht sah es eben deshalb so schön aus.

Das Strohdach erschien an einigen Stellen fast durchsichtig, während es an anderen großen Höcker zeigte. Die große Reinlichkeit am Häuschen und darum herum stellte die Mängel desselben nur in helleres Licht. Es war ungewiß, ob der große Holunderstrauch das Häuschen mit allen seinen Armen umschlang, um dessen Mängel zu verdecken, oder um seine auseinanderstrebenden Teile zusammen zu halten. Was davon auch seine Absicht war, er erreichte sie trotz alles Mühens nur unvollkommen. Und das kleine Liesle! und seine Mutter, die Schwester der Heiterethei, im fernen Dienste! O, es war Stoff genug zu sorgenden Gedanken.

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.